

Niedersächsischer Landtag

Stenographischer Bericht

1. Sitzung

Hannover, den 22. Juni 1982

Inhalt:

Eröffnung durch den Alterspräsidenten	1	Scheibe (SPD)	21
Feststellung der Beschlußfähigkeit durch Namensaufruf	4	Grösch (Grüne)	22
Mitteilung über die Bildung der Fraktionen	6	<i>Beschluß</i>	22
Genehmigung der Tagesordnung	6	Wahl der Vizepräsidenten und Schriftführer	23
Mombaur (Grüne)	6	Feststellung der Konstituierung des Landtages der 10. Wahlperiode	24
Dr. Remmers (CDU)	6	Mitteilung über den Rücktritt des Ministerpräsidenten	24
Scheibe (SPD)	7	Wahl des Ministerpräsidenten	24
Hirche (FDP)	7	Dr. Remmers (CDU)	24
Wahl des Landtagspräsidenten	8	Dr. Albrecht, Ministerpräsident	26
Dr. Remmers (CDU)	8	Bestätigung der Landesregierung	27
Amtsübernahme durch den gewählten Landtagspräsidenten	9	Vereidigung der Landesregierung	27
Geschäftsordnung für den Landtag der 10. Wahlperiode — Drs 10/1 — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/2 — Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD — Drs 10/3	14	Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten	29
Hirche (FDP)	15	Dr. Albrecht, Ministerpräsident	29
Fruck (Grüne)	16	(Aussprache in der 2. Sitzung am 23. Juni 1982)	
Dr. Remmers (CDU)	19	Nächste Sitzung	41
Kasimier (SPD)	19		
Dr. Hruska (FDP)	19		

Vom Präsidium:

Präsident	Brandes (CDU)
Vizepräsident	Kreibohm (SPD)
Vizepräsident	Warnecke (CDU)
Vizepräsident	Bosse (SPD)
Schriftführer	Baldauf (CDU)
Schriftführer	Brunkhorst (CDU)
Schriftführerin	Frau Flick (CDU)
Schriftführer	Jenzok (CDU)
Schriftführer	Reinemann (CDU)
Schriftführer	Teyssen (CDU)
Schriftführer	Meyer (Twistringens) (CDU)
Schriftführerin	Frau Heyer (SPD)
Schriftführerin	Frau Lemmermann (SPD)
Schriftführerin	Frau Lewandowsky (SPD)
Schriftführer	Neese (SPD)
Schriftführerin	Frau Garbe (Grüne)
Schriftführer	Rehkopf (FDP)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Dr. Albrecht (CDU)	Staatssekretär Mohrhoff, Staatskanzlei
Minister des Innern Dr. Möcklinghoff (CDU)	Staatssekretär Baier, Ministerium des Innern
Minister der Finanzen Dr. Ritz (CDU)	Staatssekretär Elvers, Ministerium der Finanzen
Sozialminister Schnipkoweit (CDU)	Staatssekretär Chory, Sozialministerium
Kultusminister Dr. Möcklinghoff (CDU) (m.d.W.d.G.b.)	Staatssekretär Schaedel, Kultusministerium
Minister für Wirtschaft und Verkehr Frau Breuel (CDU)	Staatssekretär Dr. Naß, Ministerium für Wirtschaft und Verkehr
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Glup (CDU)	Staatssekretär Dr. Hoppenstedt, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Minister der Justiz Remmers (CDU)	Staatssekretär Rehwinkel, Ministerium der Justiz
Minister für Bundesangelegenheiten Hasselmann (CDU)	Staatssekretär Prof. Dr. Hellwege, Ministerium für Bundesangelegenheiten
Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Cassens (CDU)	Staatssekretär Möller, Ministerium für Wissenschaft und Kunst

Beginn: 11.04 Uhr

Eröffnung durch den Alterspräsidenten

Alterspräsident von Essen:

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie auf das herzlichste. Es ist so Tradition, daß die erste Sitzung eines neugewählten Parlaments vom Alterspräsidenten eröffnet wird. Ich bin am 2. Juli 1912 geboren. Ich heiße Ernst von Essen und bin der direkt gewählte Abgeordnete aus Salzgitter. Ordnungsgemäß frage ich, ob unter den Abgeordneten jemand ist, der vor dem 2. Juli 1912 geboren und bereit ist, das Amt des Alterspräsidenten zu übernehmen. — Ich stelle fest, daß sich niemand gemeldet hat. Ich übernehme somit als Alterspräsident der 10. Wahlperiode den Vorsitz des Niedersächsischen Landtages.

Hochverehrte Exzellenzen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie auf das herzlichste zu der 1. Sitzung des Niedersächsischen Landtages und eröffne hiermit die 10. Wahlperiode.

Die Bildung des vorläufigen Sitzungsvorstands ist eine Frage des parlamentarischen Verfahrens. Bis zur Entscheidung über eine Geschäftsordnung für den Landtag der 10. Wahlperiode ist unser Verfahren noch un geregelt, soweit nicht die Verfassung Vorschriften enthält. Es hat sich aber für die vor der Entscheidung über die Geschäftsordnung liegenden Punkte der Tagesordnung durch die Praxis ein parlamentarisches Gewohnheitsrecht gebildet, das auch Niederschlag in der Geschäftsordnung des vorigen Landtages gefunden hat. Wenn sich kein Widerspruch ergibt, werden wir für diese Punkte daher die entsprechenden Vorschriften der Geschäftsordnung des Landtages der 9. Wahlperiode anwenden, insbesondere die §§ 2, 5, 63, 68 und 99. — Ich sehe keinen Widerspruch. Dann kann so verfahren werden.

Es ist üblich, daß aus der Mitte des Hauses zwei Abgeordnete aufgerufen werden, um während dieser Sitzung die Funktion der Schriftführer auszuüben. Dafür werden als jüngste Abgeordnete Frau Christel Schuran, geboren am 2. Juni 1950, und als jüngster Abgeordneter Detlev Barth, geboren am 24. August 1951, aufgerufen. Ich frage beide, ob sie bereit sind, dieses vorläufige Amt zu übernehmen — ich höre keinen Widerspruch —, und bitte sie, an meiner rechten und linken Seite Platz zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Es hat sich so gefügt, daß der Alterspräsident in der ersten Sitzung —

wohl der Würde und der Bedeutung dieses Amtes entsprechend — einige Ausführungen macht.

Bevor ich jedoch dazu komme und mich auch den Aufgaben zuwende, die der Alterspräsident zu erfüllen hat, möchte ich dem nach 31jähriger Zugehörigkeit zum Niedersächsischen Landtag mit Ablauf des 20. Juni ausgeschiedenen Präsidenten der beiden letzten Wahlperioden, Herrn Heinz Müller, in Ihrer aller Namen Dank sagen für die von ihm im Dienste des Volkes geleistete Arbeit. Wir wünschen ihm und seiner Gattin alles Gute.

(Lebhafter Beifall.)

Ich habe mich bemüht, mich an Vorbildern zu orientieren oder — wenn Sie so wollen — Vorbilder zu suchen. Ich möchte mich der Aufgabe unterziehen, einige Erinnerungen aus dem zeitgeschichtlichen Geschehen des deutschen Parlamentarismus am Beispiel Niedersachsen vor Ihnen auszubreiten, wobei mich aber auch die Eröffnungsrede des Alterspräsidenten der 9. Wahlperiode im Deutschen Bundestag, Herbert Wehner, aus dem Vorhergesagten deshalb ansprach, weil er an die Bedeutung der vorangegangenen Alterspräsidenten dort — von Paul Löbe und Frau Lüders, Robert Pferdmenges, Konrad Adenauer, William Borm bis Ludwig Erhard, der dem 7. und 8. Bundestag als Alterspräsident vorstand — erinnerte und damit erreichte, ein Bild der personengebundenen Vielfalt unserer parlamentarischen Demokratie zu zeichnen.

Bei uns in Niedersachsen war es der Abgeordnete August Karl Friedrich Block, der am 13. Mai 1947 als Alterspräsident den freigewählten Ersten Niedersächsischen Landtag eröffnete und als erstem dem Gebietsbeauftragten der Britischen Militärregierung für das Land Niedersachsen, dem Generalleutnant Sir Gordon Macready, zu einer Grundsatzrede das Wort erteilte. Sir Gordon begann seine Ausführungen — ich zitiere — wie folgt:

„Ich mache mir eine große Ehre daraus, Ihnen anlässlich dieser historischen Gelegenheit eine Rede zu halten. Bitte glauben Sie mir, daß das keine leeren Worte sind; denn obwohl diese Gelegenheit in den Gedanken aller Anwesenden ohne Zweifel von den heutigen dringenden Härten und Schwierigkeiten umwölkt ist, so kann von der tiefen Bedeutung, welche die erste Tagung eines frei gewählten Parlaments dieses Landes für die Geschichte Niedersachsens und Deutschlands hat, nichts entzogen werden.“

Alterspräsident

Und in einem anderen Absatz seiner Rede heißt es:

„Die Verwaltungsarbeit wäre viel leichter, Ihre und meine Aufgaben wären viel leichter, wenn wir nicht alle, sowohl Briten wie Deutsche, damit beschäftigt wären, die Nachwirkungen eines internationalen Verbrechens zu bekämpfen, dessen Ausmaß die Geschichte noch nie gekannt hat.

Im Falle meines eigenen Landes, eines Siegers im vergangenen Krieg,“

— so fährt Sir Gordon fort —

„sind unsere Hauptprobleme die Ernährung, Überbevölkerung, die Förderung des Exporthandels, um sowohl unsere eigenen Lebensmittel wie auch diejenigen, mit denen wir die britische Zone Deutschlands versorgen, zu bezahlen, und die Aufrechterhaltung der hohen Moral unseres Volkes, damit wir für die westliche Demokratie einen Frieden gewinnen, was unermesslich schwieriger ist als die Gewinnung eines Krieges.“

Meine Damen und Herren! Ich erachte es als meine Pflicht, hier heute bei Beginn der Zehnten Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages durch diese Hinweise zu mahnen, aber auch aufzumuntern, damit wir uns an den Erfahrungen orientieren, die unser Volk schmerzhaft genug hat ertragen müssen, indem Werte und Normen mißachtet wurden und werden und nicht dem Maßhalten, sondern zu oft der Maßlosigkeit das Wort geredet wird.

Der Alterspräsident der Ersten Wahlperiode, der vorher genannte Abgeordnete August Karl Friedrich Block, führte aus — ich zitiere —:

„Aus tiefster innerer Sorge sei es mir erlaubt, als Alterspräsident dieses Hauses in dieser Stunde einige Worte an Sie zu richten. Sie sind die durch freie Wahl berufenen Vertreter des Landes Niedersachsen, das ein Stück von Deutschland ist. In Ihnen spiegelt sich die politische Auffassung der in diesem Lande wohnenden Menschen, Ihnen obliegt es, im Rahmen der von der Militärregierung gezogenen Grenzen die Gesetze zu schaffen, welche in Zukunft das Leben der Bewohner in Niedersachsen regeln sollen.

Darum möchte ich meine warnende Stimme laut erheben und Ihnen zurufen, daß bei allem Ringen in diesem Hohen Hause um den Wiederaufbau Niedersachsens — diesen so wertvollen Teil unseres Vaterlandes, das wir

Deutschland nennen — die Auseinandersetzungen doch in Formen geführt werden müssen, daß sie ein einiges Volk zeigen, denn nur dieser Weg führt uns zur Freiheit. Die Losung muß heißen: Nicht ein neuer innerer Krieg, sondern ein neuer Friede, ein neuer innerer Friede, damit die Menschen, die heute dem Untergang und dem Elend in die Augen sehen, die Millionen deutscher Arbeiter und die städtischen Menschen im Verein mit den Millionen deutscher Bauern und den auf dem Lande Wohnenden wieder eine Möglichkeit bekommen zu freier Arbeit und zum Leben. Frei und offen möge jede Partei ihre Anschauung verfechten; und mögen in den grundsätzlichen Fragen auch die Meinungsverschiedenheiten hier voll ausgetragen werden, so müssen sie doch in einer Form stattfinden, daß die Einigkeit erhalten bleibt; der einzige Weg, wie ich immer wieder sagen muß, zur Freiheit.“

Die ersten Sitzungen fanden im Beethoven-Saal der Stadthalle hier in Hannover statt; der Ausbau des Leineschlusses und die dann hier neu entstehende parlamentarische Tradition wurden in der Dritten Wahlperiode am 11. April 1956 entschieden.

Landtagspräsident Schuster legte am 30. September 1958 den Grundstein, und der Architekt, Professor Oesterlen, gab den symbolischen Hammerschlägen das Wort mit: „In Ehrfurcht vor dem Alten — mit Mut zum Neuen.“

„Die erste Stunde unseres Landes Niedersachsen und seines ersten frei gewählten Parlaments war die Stunde der großen Not“,

so ist in den Ausführungen des ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Georg Diederichs im „Porträt eines Parlaments — Der Niedersächsische Landtag 1947—1967“ nachzulesen. Es heißt dann weiter:

„Zwei Themen beherrschten die ersten Worte, die hier gesprochen wurden, die ersten Diskussionen, die ersten Entschlüsse: die katastrophale Ernährungslage der Bevölkerung und die Millionen Flüchtlinge, die in unser Land hineinströmten.“

An die Wochen und Monate der Hungerrationen zu erinnern halte ich als Vertriebener, der 1945 aus der Kriegsgefangenschaft nach Salzgitter kam, in Anbetracht des heutigen Überflusses für notwendig.

Dr. Diederichs weist in seinen Erinnerungen auf jenen Junitag im Jahre 1947 hin, als hungernde Arbeiter in den Landtag kamen, die dem Älte-

stenrat diszipliniert ihre Not schilderten, und als auf dem Tisch des Präsidiums im Niedersächsischen Landtag die Tagesration eines Normalverbrauchers der 4. Woche der 102. Zuteilungsperiode lag.

Die Dritte Wahlperiode wurde am 26. Mai 1955 vom damaligen Abgeordneten Willführ als Alterspräsident eröffnet. Dieser führte u. a. aus:

„Die Zweite Wahlperiode ist verflossen. Die Zeit, in der ungeheures Elend und größte Not herrschten, wie sie in der neueren Geschichte kaum aufzuweisen sind, gehört zum großen Teil der Vergangenheit an. Wir wollen bemüht sein, in Eintracht zu beraten, ohne Mißgunst, Hader und Zwietracht. Unstimmigkeit und Selbstzerfleischung wollen wir bekämpfen, damit die nachfolgenden Generationen nicht wieder in Knechtschaft geraten. Auseinandersetzungen werden stets vorkommen, sie lassen sich nicht vermeiden, aber sie müssen in Formen erfolgen, die die Würde und das Ansehen dieses Hohen Hauses nicht herabsetzen.“

Die Vierte Wahlperiode wurde am 12. Mai 1959 vom damaligen Abgeordneten von der Heyde als Alterspräsident eröffnet. Er sagte an einer Stelle seiner Rede:

„Niedersachsen ist das Land der Deutschen Bundesrepublik mit der längsten Zonen-grenze, und wir wissen daher besonders, was es bedeutet, wenn innerhalb unseres Vaterlandes ein Stacheldrahtzaun gezogen ist, der uns von den Menschen trennt, die zu uns gehören. Viele der Abgeordneten und viele unserer Landesbewohner haben Blutsverwandte, Familienangehörige und gute Freunde jenseits dieser Stacheldrähte.“

Meine Damen und Herren, die Eröffnung der Sechsten Wahlperiode am 28. Mai 1967 nahm als Alterspräsident der damalige Abgeordnete Post vor. Er sagte:

„Auch heute stehen wir zweifellos noch vor schwierigen Aufgaben, aber die Aufgaben sind nicht vergleichbar mit denen von damals, als wir uns oft fragend in die Augen gesehen haben, ob wir sie überhaupt meistern könnten. Heute müssen wir einen Weg finden, der es gestattet, gerecht und ohne soziale Härten das durchzuführen, was für die Zukunft unerlässlich ist. Wenn uns das gelingt, dann haben wir unsere Arbeit im Parlament voll erfüllt.“

Am 8. Juli 1970 war es dann der damalige Abgeordnete Langeheine, der als Alterspräsident die

Siebente Wahlperiode eröffnete. Er griff das Generationenproblem auf. Aus diesem Teil seiner Rede zitiere ich:

„Aber mehr noch sollten wir bemüht sein, den Wert des älteren Menschen und seine Gemeinsamkeit mit der Jugend gegen jeden Versuch der Herabsetzung zu verteidigen. Gerade unsere Zeit mit ihren zahlreichen und häufig wechselnden sozialen Problemen bedarf des Reichtums der Erfahrung und des Überblicks, den nun einmal die Erfahrung nur gewähren kann. Wir würden also einen großen Fehler und ein schweres Unrecht zugleich begehen, wenn wir die älteren Menschen von der Mitwirkung an den öffentlichen Dingen verdrängen ließen.“

Die Achte Wahlperiode wurde am 10. Juli 1974 vom Abgeordneten Osmers als Alterspräsident eröffnet. Der Alterspräsident begrüßte den Wieder-einzug der FDP in das Parlament und unterstrich dies mit den Worten:

„Ich bin überzeugt, daß die parlamentarische Debatte durch Ihren Wiedereinzug belebt werden wird.“

Und nun, meine Damen und Herren, komme ich zur Eröffnung der Neunten Wahlperiode am 28. Juni 1978 durch den Abgeordneten Bruno Brandes als Alterspräsident, meinen unmittelbaren Vorgänger in diesem ehrenvollen und würdigen Amt. Ich habe mich beim Nachlesen dieser bemerkenswerten Rede gefreut, daß so pointiert auf den unbestritten hohen historischen Wert der Sachsen abgehoben wurde, und ich bitte um Vergabung, wenn ich als einer der Vertriebenen, die wir in einer in Jahrhunderten gefestigten deutschen Tradition stehen, doch auch daran erinnern muß, daß annähernd 50 % unserer Bevölkerung in Niedersachsen zu den Flüchtlingen und Vertriebenen gehören, die bestimmt auch einen hohen historischen Wert deutscher Geschichte verkörpern und denen ein hohes Maß an Leistung beim Aufbau Niedersachsens zuerkannt werden muß.

(Beifall.)

Verglichen mit den Normannen, die — wie der Kollege Brandes weiter ausführte — um das Jahr 1066 die sächsischen Herzogtümer dort drüben in England eroberten und sich als Besatzer aufspielten, ist das inzwischen in Niedersachsen erworbene Heimatrecht der Vertriebenen aus Ost- und Westpreußen, aus Pommern, Schlesien, dem Baltikum und dem Sudetenland, aus Siebenbürgen, der Bukowina, aus Ungarn, Polen, Rußland und anderen Teilen der Welt — so meine ich — wohl

Alterspräsident

nicht stammesmäßig den Sachsen, aber bestimmt den heutigen Niedersachsen zuzuordnen.

(Beifall.)

Vor allen Dingen aber sind wir alle Deutsche, die in diesen Tagen durch die Feier der 150jährigen Wiederkehr des Hambacher Festes auch an die Ursprünge, die Risiken und die Kämpfe um unsere demokratischen Freiheiten gemahnt und erinnert werden. Es ist dem Land Rheinland-Pfalz hoch anzurechnen, mit dieser Veranstaltung das große Erbe deutscher demokratischer Geschichte angesprochen zu haben.

Wenn sich dieses Parlament der Niedersachsen im kommenden Jahr mit einem Festakt der 500. Wiederkehr des Geburtstages von Dr. Martin Luther, nicht nur als Reformator — das wäre Aufgabe der Landeskirchen —, sondern auch als dem Schöpfer der modernen deutschen Sprache, erinnern und wenn die Niedersächsische Landesregierung der Bevölkerung — insbesondere den heranwachsenden jungen Menschen — am Vorbild Luthers mit geeigneten Maßnahmen die kulturhistorischen Zusammenhänge unserer deutschen Sprache und ihrer einigenden politischen Kraft verdeutlichen würde, könnte ein Weg schöpferischer Entfaltung durch Vorbilder beschritten werden, die jetzt doch weitgehend verschüttet sind und nach denen wir von den Jugendlichen in unserem Lande immer drängender gefragt werden.

Meine Damen und Herren! Ich habe versucht, anhand einiger Eröffnungsreden der jeweiligen Alterspräsidenten einen Einblick in die Geschichte dieses niedersächsischen Parlamentes zu geben. Das, was in den vorangegangenen neun Wahlperioden vom niedersächsischen Landesparlament geleistet wurde, ist bestimmt einer weit, weit größeren Würdigung wert, als sie mir heute möglich war und möglich sein konnte; dazu habe ich mich auch nicht berufen gefühlt. Ich habe weitgehend eine eigene Kommentierung unterdrückt, aber ich wollte Ihnen zu Beginn der 10. Wahlperiode in Erinnerung an Kollegen, die in den Jahren seit 1947, also in den zurückliegenden 35 Jahren, als Alterspräsidenten den Abgeordneten ihre Mahnungen und auch Aufmunterungen ans Herz gelegt haben, deutlich machen, was für ein verantwortungsvolles Erbe wir heute hier als frei gewählte Vertreter der niedersächsischen Bevölkerung für unser Land Niedersachsen und auch für Deutschland übernehmen. Gott helfe uns dabei! — Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall im ganzen Hause.)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur

Feststellung der Beschlußfähigkeit durch Namensaufruf

Ich bitte die Abgeordnete Frau Schuran, die Namen der Abgeordneten aufzurufen, und ich bitte alle Abgeordneten, nach ihrem Aufruf aufzustehen und mit „hier“ zu antworten. — Bitte sehr.

(Schriftführerin Frau Schuran verliest die Namen der Abgeordneten:

Dr. Ahrens
Dr. Albrecht
Aller
Arens
Auditor
Backhaus
Baldauf
Bartels
Barth
Barwig
Beckmann
Bertram
Biel
Dr. Blanke
Boekhoff
Bosse
Bothe
Brandes
Briese
Brunkhorst
Bruns (Emden)
Bruns (Reinhausen)
Campen
Creutzenberg
Dehn
Dieckhoff
Dierkes
Döring
Döscher
Drechsler
Dreesmann
Dr. Duensing
Engelhardt
Engels
von Essen
Evers
Feldmann
Fischer (Buxtehude)
Fischer (Göttingen)
Flick
Dr. Freytag
Fruck
Fuchshuber
Funke
Gansäuer

Garbe
Gellersen
Glogowski
Glup
Graeber
Grill
Grösch
Grübmeyer
Grundmann
Hampe
Hartmann
Haselbacher
Hasselmann
Haubold
Hedrich
Heinlein
Hellwege
Herbst
Hermes
Heyer
Hildebrandt
Hirche
Hoch
Hoffmann
Dr. Holtfort
Dr. Hruska
Hüniken
Iserlohe
Isernhagen
Jahn
Janßen
Jenzok
Jürgens
Jürgensen
Kaiser
Kasimier
Kastning
Kirschner
Knemeyer
Köbler
Köneke
Kohlenbach
Krapp
Kreibohm
Kreuzer
Kruse
Küpker
Kuhlmann
Lauenstein
Lellek
Lemmermann
Lewandowsky
Lindhorst
Link
Dr. Lippelt
Lüttge
Luiken

Maatmann
Dr. Martens
Meinsen
Mellentin
Menges
Meyer (Twistringen)
Meyer (Remlingen)
Milde
Dr. Möcklinghoff
Möhrmann
Mombaur
Neddermeyer
Neese
Oestmann
Patzschke
Pistorius
Dr. Pohl
Proske
Raasch
Radloff
Rau
Ravens
Rehkopf
Reinemann
Remmers
Dr. Remmers
Dr. Riege
Rippich
Dr. Ritz
Dr. Rohloff
Saacke
Sandkämper
Scheibe
Schlotmann
Schmidt
Schneider
Dr. Schneller
Schnipkoweit
Schrader
Schramm
Schultze
Schuran
Schurreit
Schwenke de Wall
Seeringer
Sehrt
Senff
Sikora
Silkenbeumer
von Soosten
Stauske
Stief
Stock
Dr. Stratmann
Swieter
Teyssen
Theilen

Namensaufruf

Thölke
Thole
Toborg
Vajen
Waike
Freiherr von Wangenheim
Warnecke
Weiß
Wernstedt
Wettig-Danielmeier
Wilken
Zempel.

Schriftführerin Frau Schuran:

Ich stelle fest, daß alle Abgeordneten anwesend sind.

(Heiterkeit und Beifall.)

Alterspräsident von Essen:

Meine Damen und Herren! Es sind 171 Abgeordnete in den Niedersächsischen Landtag der 10. Wahlperiode gewählt worden. Durch Namensaufruf ist festgestellt worden, daß 171 Abgeordnete anwesend sind. Der Landtag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Abgeordneten anwesend ist: das ist der Fall. Ich stelle hiermit die Beschlußfähigkeit des Hauses fest.

Mitteilung über die Bildung der Fraktionen

Nun darf ich Ihnen mitteilen, daß sich im Landtag der 10. Wahlperiode vier Fraktionen konstituiert haben: die CDU-Fraktion mit 87 Mitgliedern, die SPD-Fraktion mit 63 Mitgliedern, die Grüne-Fraktion mit 11 Mitgliedern und die FDP-Fraktion mit 10 Mitgliedern.

Genehmigung der Tagesordnung

Meine Damen und Herren! Der Präsident des Landtages der 9. Wahlperiode hat im Einvernehmen mit den Fraktionsvorsitzenden einen Vorschlag für die Tagesordnung dieses ersten Tagungsabschnittes der 10. Wahlperiode aufgestellt, der Ihnen mit der Einladung zugegangen ist. Diese Tagesordnung liegt Ihnen gedruckt vor. Dazu will die Fraktion der Grünen eine Ergänzung beantragen. Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Mombaur.

Mombaur (Grüne):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die Tagesordnung der 2. Sitzung beantrage ich die Aufnahme des Punktes „Gesetzentwürfe“ hinter

den Tagesordnungspunkt „Wahlen“, und zwar für den Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Gemeindeordnung und der Niedersächsischen Landkreisordnung und für den Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes. Ich möchte diesen Vorschlag kurz begründen.

Erstens. Wir sind am 21. März gewählt worden, hatten aber bisher keine Möglichkeit, hier in irgendeiner Form mitzuwirken. Wir werden jetzt nach diesen beiden Tagen in die Ferien geschickt. Erst im September haben wir eine Möglichkeit, aktiv an der politischen Arbeit dieses Landtages mitzuwirken. Wir halten es deshalb für unsere Pflicht als Abgeordnete des Niedersächsischen Landtages, schon jetzt — weil beide geänderten Gesetze unser Rechtsempfinden auf das empfindlichste stören — dafür zu sorgen, daß jeder Abgeordnete in einem niedersächsischen Parlament, sei es auf Gemeinde-, Kreis- und Landesebene, also auf allen Ebenen, die Möglichkeit hat, auch als einzelner seine Interessen zu vertreten, Anträge zu stellen und damit an der Demokratie teilzuhaben.

Zweitens. Wir sind der Meinung, daß der Landtag in seiner letzten Sitzung zu Unrecht beschlossen hat, im Rahmen des Abgeordnetengesetzes noch einmal kräftig finanziell zuzulangen.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt gar nicht!)

Wenn wir hier vom Sparen reden, dann sind wir der Meinung, wir sollten von hier aus an allererster Stelle dazu beitragen, daß in Niedersachsen gespart wird.

(Beifall bei den Grünen.)

Alterspräsident von Essen:

Meine Damen und Herren! Ich muß noch darauf hinweisen, daß es sich hier um keine Sachdebatte handeln kann, sondern nur um eine eventuelle Ergänzung der Tagesordnung.

(Zustimmung von Dr. Blanke [CDU].)

Herr Dr. Remmers, ich erteile Ihnen das Wort.

Dr. Remmers (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Wir haben großes Verständnis dafür, daß eine neue Fraktion und neugewählte Abgeordnete Fragen, die von großer Bedeutung sind, hier diskutiert wissen wollen. Ich muß aber darauf hinweisen, daß die Wahlperiode des letz-

ten Landtages bis in diese Tage hinein gedauert hat und die genannten Gesetze insofern von dem gewählten Landtag der vorigen Periode völlig korrekt und ohne Verletzung des Rechtsempfindens — wie wir meinen — beraten und beschlossen worden sind.

(Beifall bei der CDU.)

Wir sind durchaus bereit, die Fragen, die mit der erneuten Einbringung von Gesetzentwürfen zur Änderung der Gemeindeordnung und zur Änderung des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes zusammenhängen, zu diskutieren. Aber schon aus unserer Geschäftsordnung ergibt sich, daß eine solche Erörterung nicht überfallartig, sondern in aller Ruhe und einer der parlamentarischen Beratung angemessenen Art und Weise erfolgen soll. Wir sind deshalb der Meinung, daß wir nicht heute diese Gesetzentwürfe auf die Tagesordnung setzen sollten, sondern daß wir dazu später Gelegenheit haben werden. Ich möchte also für meine Fraktion sagen, daß wir es ablehnen werden, diese zusätzlichen Punkte in die Tagesordnung aufzunehmen.

(Beifall bei der CDU.)

Alterspräsident von Essen:

Das Wort hat der Abgeordnete Scheibe.

Scheibe (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktion der Grünen hat die Erweiterung der Tagesordnung um zwei Punkte beantragt, bei denen es sich nach unserer Geschäftsordnung um eine erste Beratung handeln würde, also um die Beratung von Gesetzentwürfen, die im Anschluß an die Debatte über die Regierungserklärung am morgigen Nachmittag oder Abend stattfinden müßte. Nach Auffassung der SPD-Fraktion sind die beiden Punkte, die zur Beratung vorgeschlagen worden sind — zum einen die Änderung der Gemeindeordnung und zum anderen die Änderung des Abgeordnetengesetzes —, nicht so vordringliche landespolitische Fragen, daß es unbedingt gerechtfertigt und notwendig wäre, diese Punkte in der konstituierenden Sitzung zu beraten.

(Dr. Remmers [CDU]: Aha!)

Wir sind aber auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, der Auffassung, daß nicht wir als Fraktion darüber zu befinden haben, welche Punkte andere Fraktionen für vordringlich oder wichtig halten. Solange die Beratung dieser beiden Punkte den Niedersächsischen Landtag nicht

daran hindert, andere wichtige Fragen zu behandeln — dies ist hierbei offensichtlich der Fall —, ist nicht einzusehen, weshalb die erste Beratung der beiden Gesetzentwürfe abgelehnt werden sollte.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren! Wir sind der Auffassung, daß wir versuchen sollten, uns gerade unter den für vier Fraktionen etwas schwieriger gewordenen Arbeitsbedingungen in diesem Parlament über Verfahrensfragen möglichst einvernehmlich zu verständigen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wir wollen dazu einen Beitrag leisten, indem wir der Behandlung der beiden von den Grünen vorgeschlagenen Punkte zustimmen. Dann bleibt immer noch genügend Raum für politische Auseinandersetzungen.

(Beifall bei der SPD. — Link [CDU]: Weiter so! — Zurufe von der SPD.)

Alterspräsident von Essen:

Herr Abgeordneter Hirche!

Hirche (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion hält es für eine Frage des Stils, wie wir bei Anträgen, die durch die Fraktionen zu Gesetzen gestellt werden, miteinander umgehen. Die FDP hat deshalb überhaupt keine Bedenken, diese Anträge nach der Aussprache über die Regierungserklärung am Schluß zu behandeln und dann über die Sachpunkte zu reden.

(Beifall bei der FDP, bei den Grünen und bei der SPD.)

Alterspräsident von Essen:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. — Wer für diese Ergänzung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Ich stelle fest: Das ist die Mehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

(Beifall bei der CDU.)

Entschuldigung, mir ist ein Lapsus unterlaufen: Der Ordnung halber möchte ich noch fragen, wer sich der Stimme enthält. — Es gibt keine Enthaltungen. Damit ist klar, daß der Antrag mit einer großen Mehrheit abgelehnt worden ist.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur Abstimmung über die Tagesordnung. Wer für

Alterspräsident

die Annahme der vorliegenden gedruckten Tagesordnung ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen und nach meiner Feststellung ohne Enthaltungen ist die Tagesordnung mit großer Mehrheit so angenommen worden. Damit ist die Tagesordnung mit Mehrheit gebilligt.

Wir kommen nunmehr zur

Wahl des Landtagspräsidenten

Nach Artikel 8 Abs. 1 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung wählt der Landtag seinen Präsidenten. Vorschlagsberechtigt ist nach § 5 Abs. 2 Satz 1 der Geschäftsordnung, über deren Anwendung wir uns zu Beginn der Sitzung geeinigt haben, die stärkste Fraktion dieses Hauses. Das ist die CDU-Fraktion. Ich bitte um einen Vorschlag. — Bitte, Herr Dr. Remmers.

Dr. Remmers (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Namens der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag schlage ich für das Amt des Präsidenten des Niedersächsischen Landtages Herrn Abgeordneten Bruno Brandes, unseren bisherigen Fraktionsvorsitzenden, vor.

(Beifall bei der CDU.)

Alterspräsident von Essen:

Nach § 5 Abs. 3 der Geschäftsordnung sind die Mitglieder des Präsidiums grundsätzlich mit Stimmzetteln zu wählen. Wenn kein anwesender Abgeordneter widerspricht, kann aber auch durch Handzeichen gewählt werden. Ich bitte um Äußerung, ob jemand der Wahl durch Handzeichen widerspricht.

(Dr. Rohloff [Grüne]: Ich widerspreche; ich verlange, daß mit Stimmzetteln abgestimmt wird!)

— Da der Wahl durch Handzeichen widersprochen wird, müssen wir mit Stimmzetteln wählen. Ich weise darauf hin, daß dies nicht eine geheime Wahl bedeutet, sondern nur, daß die Wahl schriftlich durchgeführt wird.

Wir kommen dann zur schriftlichen Wahl. Um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten, bitte ich, folgende Punkte zu beachten.

(Unruhe.)

— Meine Damen und Herren, machen Sie es mir bitte nicht so schwer. Ich möchte als Alterspräsident ungern die Glocke benutzen.

Erstens. Ich bitte alle Personen, die nicht Abgeordnete sind oder links und rechts vom Präsidium als Staatssekretäre oder Beamte der Landtagsverwaltung sitzen, den Plenarsaal zu verlassen, auch Journalisten und Kamerateams. Zweitens. Die Abgeordneten bitte ich, ihren Platz einzunehmen und sitzen zu bleiben. Drittens. Beamte der Landtagsverwaltung werden jetzt die Stimmzettel verteilen, die die Abgeordneten an ihrem Platz ankreuzen. Viertens. Die beiden Schriftführer bitte ich, je eine Urne zu nehmen und sich zu überzeugen, daß sie leer ist.

Es ist festgestellt worden, daß die Urnen leer sind. Ich bitte jetzt, die Stimmzettel zu verteilen.

Nun bitte ich, die Stimmzettel einzusammeln. Frau Schuran bitte ich, von mir aus gesehen rechts, und Herrn Barth bitte ich, von mir aus gesehen links zu beginnen. Es wird Sie jeweils ein Beamter der Landtagsverwaltung unterstützen.

Ich muß fragen, ob alle Abgeordneten ihren Stimmzettel abgegeben haben. — Das ist der Fall. Wir kommen dann zur Auszählung. Ich bitte darum, daß die Schriftführer, unterstützt durch die Beamten der Landtagsverwaltung, die Auszählung vornehmen.

Ich unterbreche für kurze Zeit die Sitzung, bitte aber, auf den Plätzen sitzen zu bleiben.

Unterbrechung: 11.55 Uhr.

Wiederbeginn: 12.05 Uhr.

Alterspräsident von Essen:

Meine Damen und Herren, ich bitte, Platz zu nehmen. Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt. Es sind 171 Stimmzettel abgegeben worden. Davon war keiner ungültig, so daß 171 gültige Stimmzettel verbleiben. Von diesen Stimmzetteln lauten 107 auf Ja, 60 auf Nein, vier auf Enthaltung. Damit ist der Abgeordnete Brandes mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt worden.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU.
— Beifall bei der FDP und Teilen der SPD.)

— Herr Abgeordneter Brandes, ich muß Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

(Brandes [CDU]: Ich nehme die Wahl an!
— Beifall bei der CDU.)

Sehr verehrter Herr Präsident, dann spreche ich Ihnen zu Ihrer Wahl die Glückwünsche des Hau-

ses aus. Wir wünschen und hoffen, daß Sie, wie Ihr Vorgänger, ein gerechter und fürsorglicher Präsident sein werden, der mit glücklicher Hand die Geschicke dieses Hauses leitet und sein Amt zum Wohle des Landes wahrnimmt.

Ich bitte Sie nunmehr, diesen Platz einzunehmen und die Sitzung weiter zu leiten.

Ihnen, meine Damen und Herren, herzlichen Dank dafür, daß Sie es mir nicht schwergemacht haben.

(Beifall im ganzen Hause. — Präsident Brandes übernimmt den Vorsitz.)

Amtsübernahme durch den gewählten Landtagspräsidenten

Präsident Brandes:

Ich bitte die bisherigen Schriftführer, wieder Platz zu nehmen.

(Heiterkeit.)

Ich bedarf ihrer noch. Ohne meine Schriftführer bin ich leider nicht beschlußfähig.

(Die beiden Schriftführer, Abg. Barth und Abg. Frau Schuran, nehmen ihre Plätze wieder ein und gratulieren Präsident Brandes zu seiner Wahl.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Exzellenzen! Meine hochverehrten Vorgänger im Amt! Es ist üblich, daß der neugewählte Präsident eine Antrittsrede hält, die nicht ganz die Bedeutung einer Regierungserklärung hat — was mich angeht, aber ungefähr die gleiche Bedeutung.

(Heiterkeit bei der CDU.)

Das ist die Auffassung, die ich von „Parlament“ habe.

(Beifall bei der CDU und der FDP.)

Meine Damen und Herren, ich glaube, ich darf namens des ganzen Hauses dem Herrn Alterspräsidenten für dessen Amtsführung und die umgängliche Art, mit den Geschäften fertigzuwerden, herzlich danken.

(Beifall im ganzen Hause.)

Daß das in dem Dialekt geschah, der manchem von uns aus lieber Vergangenheit und Wanderung in den Gebieten, aus denen der Herr Präsident kommt, vertraut ist, hat uns wohl allen im Ohr und in der Seele wohlgetan. Herr Präsident, herzlichen Dank für Ihre Mühewaltung und die Art und Weise, wie Sie Ihre Heimat bei der Mühewaltung nicht vergessen haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP.)

Persönlich danke ich all denen recht herzlich, die mir durch Ihre Stimmabgabe zu meiner Wahl zum Landtagspräsidenten ihr Vertrauen ausgesprochen haben, in erster Linie natürlich meiner eigenen Fraktion, der ich überhaupt viel zu verdanken habe. Ich möchte nur wünschen, daß, wenn Werner Remmers hier oben einmal als Präsident steht,

(Heiterkeit)

er in gleicher Weise geneigt ist, sich bei seiner Fraktion zu bedanken, wie ich das heute von Herzen gern tue.

(Beifall bei der CDU.)

Ich danke auch den Freunden von der FDP-Fraktion — die wiederzusehen mir eine innere Genugtuung ist — dafür, daß sie — jedenfalls zum Teil — an meiner Neutralität nicht gezweifelt haben. Ich kann nicht völlig übersehen, ob die Fraktion der Grünen eine geschlossene Meinung hat; ich gehe aber davon aus. Ich bedanke mich in altgewohnter Weise bei der SPD-Fraktion, in der ich — da bin ich mir immer sicher — einige heimliche und einige unheimliche Freunde habe.

(Heiterkeit.)

Die unheimlichen Freunde haben heute wieder einmal Wort gehalten. Klaus-Peter Bruns macht schon von Amts wegen ein böses Gesicht, um nicht in Verdacht zu kommen.

(Heiterkeit.)

Diejenigen, die mir heute ihre Stimme nicht haben geben können, hoffe ich derart zu überzeugen, daß sie mir ihre Stimme das nächste, in jedem Falle aber das übernächste Mal geben werden.

(Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren, ich werde mich bemühen, mein Amt so unparteiisch und gerecht zu führen, wie es die Verfassung, die Geschäftsordnung und der Parlamentsbrauch von dem gewählten Präsidenten verlangen. An der Neutralität werde ich es ganz sicher nicht fehlen lassen, wobei Neutralität nicht jedem jederzeit bekömmlich ist. Das muß man dabei auch wissen, lieber Heinrich! Ich bin mir des großen Unterschiedes zu dem lebenswerten und verantwortungsvollen Amt, das ich in diesem Hause bisher innehatte, ebenso bewußt wie auch der Verantwortung, die mir die Wahl zum Präsidenten des Niedersächsischen Landtages auferlegt.

Ohne Bedeutung war für mich, daß ich vor der Wahl der Kritik ausgesetzt war. Aber die Art, in der diese Kritik geübt wurde, war zum Teil verlet-

Präsident

zend. Damit will ich das Vergangene bewenden lassen.

Meine Damen und Herren, es ist Ihnen allen bekannt, daß ich eine Krankheit hinter mich gebracht habe, die nicht ganz leicht war. Ich bedanke mich bei allen Freunden und Kollegen, die mir beim Überwinden dieser Krankheit geholfen, mir freundliche Zeilen gewidmet und mich mit Blumen erfreut haben. Dazu muß ich sagen, daß ich mit den Grünen insofern übereinstimme, als ich für Schnittblumen nicht das empfinde, was andere vielleicht dafür empfinden. Beim nächsten Mal wäre ich dankbar, wenn man sich überlegte, daß auch andere kleine Geschenke höchst willkommen sein können.

(Heiterkeit.)

Ich danke auch all denen aus meiner näheren Umgebung, die mir in diesen Wochen auf eine Weise, die nach außen hin nicht laut in Erscheinung getreten ist, beigestanden und geholfen haben.

Meine Damen und Herren, es ist so üblich, daß die Parlamente mit einer gewissen, eigentlich nur aus dem Obrigkeitsstaatsverhältnis herzuleitenden Neigung der Regierungserklärung entgegensehen. Schon Konrad Adenauer hat in seiner abgrundtiefen Weisheit erklärt, daß Regierungserklärungen meist die Eigenschaft hätten, außerordentlich langweilig zu sein. Das mußte er wissen, da er auf diesem Gebiet über eine eigene reiche Erfahrung verfügte.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, daß wir diese Erfahrung nicht gemacht haben. Ich gehe vielmehr davon aus, daß wir uns als Parlament — ich habe das schon einleitend gesagt — bei einer solchen Gelegenheit auch selbst darstellen und Meinungen zum Ausdruck bringen sollten, die im Parlament umgehen. Wenn ich mir als der gewählte Präsident einige Anregungen zu geben erlaube, dann bin ich mir sicher, daß ich nicht für das gesamte Haus sprechen kann, denn im Parlament gibt es keine Abstimmung über die Erklärungen, die der Präsident abgibt. Ich kann vielmehr nur das zum Ausdruck bringen, was mich bewegt und was Sie möglicherweise angeht. Ich mache mir ein nützliches Verfahren dieses Hauses zu eigen und gebe angesichts der vorgeschrittenen Zeit die mir vorliegende umfangreiche Rede — es ist die erste ausgearbeitete Rede, die ich in diesem Hause zu halten habe — zu Protokoll. Ich nehme an, daß Sie damit weitgehend einverstanden sind, und möchte nur die wesentlichen Punkte hervorheben, die in dieser Rede ent-

halten sind. Wir können dann wieder besser den vorgesehenen Zeitplan einhalten. Ich halte das Haus mit dieser Verfahrensweise, die wir manches Mal bei zweiten und dritten Lesungen praktiziert haben, einverstanden. Dieses Verfahren nimmt auf uns alle hinreichend Rücksicht.

(Zustimmung bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, dieser Landtag beginnt die Zehnte Wahlperiode in einer Zeit, deren Gesamtbild wesentlich dunklere Schatten wirft, als es noch vor zehn oder zwölf Jahren der Fall war. Notgedrungen sind demgemäß die Aufgaben, die das Land lösen muß, um vieles schwieriger als früher. Man muß kein Konservativer sein, um zu erkennen, daß es heute in vielen Bereichen dringender ist, das Erreichte zu bewahren, als es in Frage zu stellen. Diese Feststellung schließt nicht aus, das zu ändern, was für das Gemeinwesen als falsch oder schädlich erkannt wird. Ob wir es uns aber künftig werden leisten können, Bewährtes nur deshalb über Bord zu werfen, um mit Neuem experimentieren zu können, scheint mehr als zweifelhaft.

Meine Damen und Herren, wir leben in einem Staat — damit meine ich nicht nur unser Land Niedersachsen, sondern auch die Gemeinschaft von Bund und Ländern —, dessen durch die Verfassung gewährleistete freiheitliche demokratische Grundordnung mehr als drei Jahrzehnte der Bewährung hinter sich hat. Deren Grundlage ist das Prinzip des demokratischen Konsensus. Nur wenn das Volk, von dem alle Staatsgewalt ausgeht, in den Grundfragen der demokratischen Ordnung übereinstimmt, nur solange die Grundentscheidungen der Verfassung nicht in Frage gestellt werden, kann das demokratische System funktionieren. Mit großer Sorge haben wir in den letzten Jahren eine Entwicklung beobachtet, die durch Radikalität in der Auseinandersetzung in politischen Streitfragen den unverzichtbaren inneren Frieden gefährdet. Wenn Minderheiten ihre wirklichen oder vermeintlichen Rechte außerhalb des demokratischen Verfahrens mit Gewalt durchzusetzen versuchen, hat das mit Demokratie nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, es ist mir ein Bedürfnis — ich glaube in Ihrer aller Namen zu sprechen —, an dieser Stelle den im Hause anwesenden Präsidenten bzw. Alterspräsidenten namentlich zu danken für das Werk, das sie in diesem Hause für unser Land und für die Bundesrepublik Deutschland an der Demokratie geleistet haben. Ich möchte zunächst unserem ehemaligen Alters-

präsidenten, unserem hochgeschätzten Liberalen Albert Post danken.

(Beifall.)

Ich möchte von ganzem Herzen Herrn Dr. Hofmeister danken, der zu den Begründern unserer Verfassung gehört und bis heute zu dieser Verfassung ein besonders klares Verhältnis an den Tag gelegt hat, neutral und objektiv gegenüber allen Fraktionen; das können wir wohl eindeutig bestätigen.

(Beifall.)

Ich mache, was die Präsidenten angeht, eine kurze Zwischeneinlage, um Herrn Ministerpräsidenten a. D. Hellwege herzlich dafür zu danken, daß er heute unter uns weilte und damit das honoriert, was er in der Vergangenheit unter Einsatz all seiner Kräfte für dieses Land zu tun sich bemüht hat.

(Beifall.)

Mir persönlich ist es eine besondere Freude, zu begrüßen und unter uns zu wissen — das darf ich jetzt, da er in die Neutralität zurückgekehrt ist, wohl sagen — meinen Freund Richard Lehnert, den ehemaligen Präsidenten des Landtages und früheren Innenminister und hochgesinnten Kameraden in allen Fragen, die die Verfassung, das Recht und die gegenseitige Achtung angehen.

(Beifall.)

Ich danke mit besonderer Freude und Genugtuung meinem Schulfreund Wilhelm Baumgarten, den ich nachher noch einmal in anderem Zusammenhang erwähnen muß, dafür, daß er heute mit seiner Frau gekommen ist, um mitzuerleben, wie nun sein Schulfreund — wenn auch ein klein wenig älter — schließlich auch zu der Würde gekommen ist, die ihn in diesem Hause hoch ausgezeichnet hat. Herzlichen Dank, Wilhelm Baumgarten!

(Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wenn die Schwäche des Gedächtnisses oder auch die Ungeeignetheit meiner Brille dazu geführt haben sollten, daß ich jemanden nicht namentlich erwähnt habe, den ich eigentlich hätte erwähnen müssen, dann erwähne ich hiermit ihn für dieses ganze Haus als einen Schöpfer und Gestalter der Demokratie, wie ich soeben die Vorgänger im Amt gewürdigt habe, die heute hier zugegen sind. Dieses Haus ist es gewohnt, Dank zu sagen, ist es gewohnt, Achtung zu pflegen, und ist es gewohnt, diejenigen zu ehren, die sich um die Demokratie in unserem Lande verdient gemacht haben.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier eine Anregung laut verkünden. Es ist üblich, daß die Ministerpräsidenten dieses Landes jeweils mit einem kleinen Gemälde ihrer selbst geehrt werden, das dann in der Staatskanzlei zu sehen ist. Ich meine, daß wir die bisherigen Landtagspräsidenten dadurch ehren sollten, daß wir ihnen in gleicher Weise gestatten, ein Bild fertigen zu lassen,

(Heiterkeit)

das sie dem Landtag augenscheinlich erhält.

Damit, meine Damen und Herren, bin ich bei meinem Vorgänger. Ich glaube, es entspricht besonders der Würde dieses Hauses, meinen Vorgänger Heinz Müller zu ehren, der dieses Amt zum Teil mit seinen letzten Kräften, unter Schmerzen und unter Aufopferung seiner Gesundheit ausgeübt hat, zum Wohle der Demokratie, derart, daß er bei seiner Wiederwahl von diesem Hause einstimmig bestätigt worden ist. Ich freue mich, daß er mit seiner Frau in der Loge Platz genommen hat, und ich freue mich, daß ich in Heinz Müller einen alten Kampfgefährten aus dem Bezirk Hildesheim ehren kann, der mir eh und je in freundschaftlicher Weise Ratschläge gegeben hat und der zu diesen Ratschlägen auch gestanden hat. — Vielen herzlichen Dank, Herr Müller, für Ihre Arbeit und für Ihr Kommen.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wenn ich meine Rede zu Protokoll gebe, will ich Sie wenigstens wissen lassen, worüber zu reden ich die Absicht hatte. Ich wollte mich zu der Frage der Staatsverdrossenheit äußern. Wir sind alle nicht gefeit genug, um diesem Gedanken der Staatsverdrossenheit nicht Raum zu geben und zu fragen, woher und wohin.

Dabei kommt den Medien eine besondere Bedeutung zu, den Vermittlern dessen, was wir in diesem Landtag tun und nicht tun. Wir tagen natürlich immer öffentlich, aber die Zahl der Besucher ist eben aufgrund der Möglichkeiten dieses Hauses begrenzt; sie ist aber auch durch die natürliche Tatsache begrenzt, daß die Menschen normalerweise ihrer Arbeit nachgehen oder andere Aufgaben haben, als uns hier zuzuhören.

Um so größer ist die Bedeutung der Medien. Wir sind all denen dankbar, die in der Objektivität berichten, die diesem Hause gebührt. Kein Mitglied dieses Hauses kann auch nur irgendwann dem Vorurteil gegen ein anderes nachstehen. Jeder gewählte Abgeordnete ist in erster Linie berufen, das Volk zu vertreten. Die Medien können nur Mittler dessen sein, was die Abgeordneten hier zum Ausdruck bringen. Wer mehr bean-

Präsident

spricht, verkennt seine Aufgabe und sollte sich das nächste Mal zur Wahl stellen.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU.)

Meine Damen und Herren! Ich meine, wir sollten uns darüber klar sein, daß es zur Staatsverdrossenheit führen muß, wenn aus diesen oder jenen öffentlichen Einrichtungen nur Staatsverdrossenheit herausklingt oder herausgelesen werden kann.

Meine Damen und Herren, es ist eine Aufgabe, der wir uns alle zu widmen haben, nämlich daß die von der Verfassung garantierte Freiheit der Medien — und zwar aller Medien — auch dazu führt, daß der Bürger hinreichend objektiv und derart unterrichtet wird, daß er sich wirklich eine eigene Meinung bilden kann. Wenn es dahin kommen sollte, daß anstelle von Nachrichten nur noch Überschriften geliefert werden und diese Überschriften dann kommentiert werden,

(Dr. Rohloff [Grüne]: „Bild-Zeitung“!)

dann ergibt sich daraus der Sachverhalt der Nachrichtenverweigerung. Es ergibt sich daraus weiter, daß damit provozierte Leserbriefe buchstäblich unlauterer Wettbewerb sind.

Der Gesetzgeber, der in Niedersachsen ein freiheitliches Pressegesetz gemacht hat, wird sich mit diesen Fragen beschäftigen müssen, wenn er die Erfahrung machen sollte, daß an die Stelle der Nachrichten die kommentierte Eigenmeinung tritt, die dem Bürger dann als Meinung des Parlaments erscheint, in Wahrheit aber nicht die Meinung des Parlaments ist.

Wir sollten uns dessen bewußt sein, daß die Verfassung den politischen Parteien eine gewichtige Stellung gibt und daß diese gewichtige Stellung der politischen Parteien ein Verfassungsauftrag ist. Wenn wir nicht gemeinsam bereit sind, die gewichtige Stellung der politischen Parteien zu festigen, untergraben wir das, auf dem wir stehen, und das die Grundlage unserer verfassungsmäßigen Existenz ist. Das Wort von den etablierten und nichtetablierten Parteien ist ein böses Wort, meine Damen und Herren. Es gibt nur Parteien, die vom Wähler getragen werden. Es kann keine etablierten oder nichtetablierten Parteien geben. Parteien, die vom Wähler getragen werden, sind eben die politischen Parteien, die die Verfassung vorgesehen hat.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, wir werden in der Frage der Verfassungsgemäßheit unseres Verhaltens immer wieder gefordert und immer wieder gestellt werden. Dabei sollten wir die Geschichte nicht vergessen und uns dessen bewußt sein, daß

es die nicht häufig genug gestellte Frage nach der Verfassungsgemäßheit war, die uns einen bösen Weg unseres nationalen Schicksals hat gehen lassen. Das zu verhindern ist die Aufgabe dieses demokratisch gewählten Hauses im Zusammenwirken mit Presse, Rundfunk und Fernsehen. Deren Aufgabe liegt in einer objektiv richtigen Nachrichtengebung über das, was uns angeht, und in einer Kommentierung, die zwar Kritik in jeder Hinsicht pflegt, aber auch die Persönlichkeit des Parlamentariers achtet, so wie die Verfassung die Persönlichkeit des Parlamentariers geachtet wissen will.

Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß heute hier nahezu das ganze repräsentative Niedersachsen vertreten ist. Diese Tatsache bringt zum Ausdruck, daß wir nicht allein sind, daß das Parlament — wenn ich so sagen darf — Gefährten hat, Gefährten, die unsere Verantwortung mittragen. Ich will als erste dieser Gefährten die Vertreter aller Glaubensgemeinschaften, die Vertreter der Kirchen, erwähnen und nochmals herzlich begrüßen, die bereit sind, den demokratisch-parlamentarisch-freiheitlichen Weg mit uns zu gehen und uns in ihrem gesellschaftlichen Bereich zu unterstützen, wenn es darum geht, die Rechte dieses Parlaments zu wahren, die Demokratie zu stützen und in der Bevölkerung die richtige Auffassung über das zu verbreiten, was das Wesen des parlamentarisch-demokratischen Staates ist.

Wir haben eine strenge Trennung zwischen Kirche und Staat. Es ist beglückend, daß das Verhältnis zwischen den Kirchen und dem Staat gerade in unserem Land in der Vergangenheit in guten Verträgen geregelt worden ist. Ich will nicht vergessen, an dieser Stelle dem heute leider nicht anwesenden früheren Ministerpräsidenten Georg Diederichs herzlich dafür zu danken, daß er seinerzeit — wenn Sie den Ausdruck erlauben, möchte ich sagen: mit seinem Herzblut — für den Abschluß des Konkordats mit der Katholischen Kirche eingetreten ist. Dieses Konkordat hat uns allen nur Segen gebracht, wie auch die Loccumer Verträge mit den Evangelischen Kirchen. Meine Damen und Herren! Es ist ein Wunsch — den der Präsident dieses Hauses wohl zum Ausdruck bringen darf —, daß die friedliche Grundlage, auf der sich das Verhältnis zwischen dem Lande und den Kirchen aufgrund dieser Verträge entwickelt hat, auch in Zukunft die Grundlage für gegenseitiges Einvernehmen, für Unterstützung und auch für gegenseitige Hilfsbereitschaft bleiben möge; denn die gegenseitige Hilfe brauchen wir alle miteinander.

Meine Damen und Herren! Ich will aber auch die Gefährten auf einem anderen Gebiet nicht ver-

gessen. Ich will die Gewerkschaften und die Vertretungen der Arbeitgeber nicht vergessen. Meine Damen und Herren, wir sprechen so viel vom sozialen Frieden. Den sozialen Frieden hätten wir in diesem Lande nicht über 30 Jahre, aus Not und Verzweiflung kommend, ohne die Begleitung durch die Gefährten bewahren können, die ich eben erwähnt habe und die diesem Staat aus ihrer gesellschaftlichen Stellung heraus immer wieder von neuem Mut und Kraft gegeben, aber auch Forderungen vorgelegt haben.

Viele der Forderungen, die gerade aus den Gewerkschaften, aus den Arbeitgeberverbänden und aus anderen Einrichtungen ähnlicher Art gekommen sind, haben das parlamentarische Leben in einem solchen Maße befruchtet, daß es der Gefahr entgangen ist, steril zu werden; diese Gefahr besteht in jedem längere Zeit andauernden parlamentarischen Staate. In Maßen zu fordern, muß jedes Parlament nötigen, in Maßen zu geben, und zwar so zu geben, wie es dem Staat und den Fordernden gebührt. Ich glaube, wir sollten dafür dankbar sein, daß der Bundesrepublik Deutschland die Erhaltung des sozialen Friedens im Zusammenwirken zwischen den Parlamenten und den Trägern der öffentlichen Belange auf den verschiedensten Gebieten gelungen ist. Wir wollen bitten und beten, daß die Erhaltung des sozialen Friedens Inhalt auch der kommenden Jahre und Jahrzehnte sein wird.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, wir erweisen damit auch der kommenden Generation den größten Dienst. In Unfrieden, in Auseinandersetzungen, in schlagwortartigen Meinungsbildungen kann nichts gedeihen, kann insbesondere das nicht gedeihen, was wir die Bildung der neuen Generation, der jungen Generation nennen. Der Staat gibt unendlich viele Mittel für die Bildung der neuen Generation aus.

(Haubold [Grüne]: Für die Rüstung!)

Inwieweit die neue Generation davon Gebrauch macht, ist weitgehend ihre eigene Angelegenheit, bedarf aber auch der Fürsorge, und zwar der helfenden Fürsorge des Staates. Und der Staat, meine Damen und Herren, sind wir, die Parlamentarier, nicht die Regierungen. Die Regierungen werden von den Parlamenten getragen. Wir sind verantwortlich, wenn es um die Frage geht: Ist das Notwendige getan, das getan werden muß?

Meine Damen und Herren! Ich halte es für eine gefährliche Illusion, wenn wir miteinander glaubten, wir wären am Ziel unserer Bildungspolitik angekommen. Da ist noch vieles zu tun. Es sind

auch die Erfahrungen, die wir gemacht haben, auszuschöpfen, nachdem wir diese Erfahrung gemacht haben. Wir haben die Erfahrungen größtenteils gemeinsam getragen. Wir sollten auch gemeinsam bereit sein, die Folgerungen zu ziehen, die der kommenden Generation von Nutzen sind und die auch dem entgegenwirken, was man mit dem Begriff „Staatsverdrossenheit“ bezeichnet.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir als einem erfahrenen Politiker

(Zuruf von Fruck [Grüne].)

— das würde ich nicht schlechthin als eine schlechte Eigenschaft bezeichnen — und als jemand, der nunmehr gewissermaßen über 70 Jahre die Schule besucht hat, eine Bemerkung aus meiner eigenen Erfahrung. Ich habe die Schule über 70 Jahre besucht, weil ich nebenbei auch Vater von vier Kindern bin, die nach und nach durch die Schule gegangen sind. Als Wilhelm Baumgarten und ich in Peine die Schule besuchten, gab es den Begriff des Leistungsdruckes noch nicht. Wir haben das Abitur gemacht, ohne den Begriff des Leistungsdruckes zu erfahren. Wir haben aber eine ungewöhnliche Kameradschaftlichkeit von Lehrern erfahren, die ständig bereit waren, uns ihre Kenntnisse, ihr Wissen und ihre Lebenserfahrung zu vermitteln. Vielleicht ist es uns deshalb vergönnt gewesen, den Begriff des Leistungsdruckes gar nicht erst zu erfahren, weil uns die beschützende, aber von uns hochgeschätzte Behutsamkeit der Lehrer davor bewahrt hat, allein zu sein, abenteuerlich zu denken und Frageeinrichtung zu werden.

(Bruns [Emden] [SPD]: Es gab aber auch andere Lehrer!)

Ich habe in diesen Tagen mit einiger Neugier, aber zugleich auch mit einiger Aufgeschlossenheit beobachtet, wie mein elfjähriges Töchterchen die Stufe von der fünften zur sechsten Klasse in der Orientierungsstufe genommen hat, dabei aber ein Gefühl davon bekommen hat, was Leistungsdruck heißt, keineswegs in der — wie soll ich mich ausdrücken? — beschützenden

(Bruns [Emden] [SPD]: Werkstatt!)

Umfassung durch die helfenden Lehrer, wie sie uns seinerzeit ohne Leistungsdruck durch die Schule gebracht haben. Vielleicht ist das, was ich eben gesagt habe, sehr wenig theoretisch gedacht. Aber es bringt den Eindruck zum Ausdruck, der sich aufdrängt, wenn man die Schulwirklichkeit ohne Theorie und ohne Vorurteile betrachtet. Ich möchte wünschen und hoffen, daß wir Wege finden, um in der Zukunft auch der uns nachwachsenden Generation auf der einen Seite den Lei-

Präsident

stungsdruck zu nehmen, auf der anderen Seite aber die kameradschaftlich lehrende Kraft der Lehrer zu vermitteln, die dazu berufen sind, die neue Generation zu bilden.

Meine Damen und Herren! Meine parlamentarische Tätigkeit hat über 15 Jahre hinweg als Vorsitzender des Rechtsausschusses der Gestaltung des Rechts gegolten. Der Rechtsstaat ist ohne den unabhängigen, nur dem Recht und dem Gesetz unterworfenen Richter nicht denkbar. Ich glaube in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich zum Ausdruck bringe, daß die Erhaltung des Rechtsstaates uns eine Angelegenheit ist, von der wir keinen Millimeter abweichen können.

(Zustimmung bei der CDU und von Hirche [FDP].)

Wir wissen, daß auch die Richter Menschen sind, die wie jeder andere dem Irrtum unterlegen sind. Dennoch erwartet jeder, der vor dem Richter steht, für sich volle Gerechtigkeit.

Wir haben viele Jahre lang in allen Parlamenten Gesetze gemacht. Wir sollten überprüfen, inwieweit sie notwendig waren und inwieweit sie den Richter in die Verlegenheit brachten, durch den Umfang der Verfahren die Übersicht über die Notwendigkeiten des Rechts im einzelnen Falle zu verlieren.

Unsere Unterstützung sollte uneingeschränkt der unabhängigen rechtsprechenden Gewalt gehören, damit auch die gesetzgebende Gewalt und die vollziehende Gewalt ungestört ihre Aufgaben erfüllen können.

Der Schutz von Recht und Ordnung ist ein Anliegen, das zugleich eine Frage nach unserer Staatlichkeit ist, das uns aber auch die Aufgabe stellt, den Gerichten und dem Recht das zu geben, was ihnen gebührt und worauf sie Anspruch haben.

Meine Damen und Herren! Ich werde mich bemühen, das Amt des Präsidenten des Landtages — ich betone es noch einmal: — nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch und gerecht zu führen und dazu beizutragen, die dem gesamten Hause gestellten Aufgaben zu erfüllen. Dazu bedarf ich Ihrer aller Unterstützung, und um diese Unterstützung bitte ich Sie von ganzem Herzen. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, lassen Sie uns an die Arbeit gehen!

(Lebhafter Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu dem Punkt

Geschäftsordnung für den Landtag der 10. Wahlperiode — Drs 10/1 — Antrag der Fraktion der

Grünen — Drs 10/2 — Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD — Drs 10/3

Die Vorläufige Geschäftsordnung für den Landtag der 10. Wahlperiode liegt Ihnen in der Drucksache 10/1 gedruckt vor. Gibt es dazu Wortmeldungen? — Bitte schön, Herr Hirche!

Hirche (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die erste Änderung der Geschäftsordnung des Landtages der 10. Wahlperiode wird nur von CDU und SPD eingebracht.

Ich möchte dazu einige Anmerkungen machen. Unsere Geschäftsordnung spiegelt den Geist wider, in dem die Fraktionen und die einzelnen Abgeordneten miteinander umgehen wollen. Deshalb begrüße ich vorab ausdrücklich die Tatsache, daß in den Vorgesprächen, teils durch Vergrößerung der Mitglie­derzahl der Ausschüsse, teils durch Einführung eines Sitzes mit beratender Stimme, die Mitwirkungsmöglichkeiten der kleinen Fraktionen, insbesondere auch der FDP, gegenüber den Gegebenheiten der Geschäftsordnung der 9. Wahlperiode erweitert worden sind.

Wir haben dies dankbar bemerkt, hätten es jedoch zugleich begrüßt, wenn die beiden großen Parteien bei der Abwägung verschiedener anderer Punkte insgesamt flexibler gewesen wären. Es entspricht dem bisherigen Stil des Parlaments, daß die stärkste Fraktion, auch wenn sie nicht — wie in diesem Fall — die absolute Mehrheit hat, den Parlamentspräsidenten vorschlagen kann. Die FDP hat in der Vergangenheit solche Vorschläge respektiert und hat dies auch heute getan.

Präsident und Vizepräsidenten teilen sich nicht nur die Aufgabe der Leitung der Plenarsitzungen, sondern sie sind auch die Repräsentanten des gesamten Landtages nach außen hin. Es wäre deshalb nach unserer Auffassung eine Frage des angemessenen Stils gewesen, alle Fraktionen in diese Repräsentation des gesamten Landtages einzubeziehen.

(Beifall bei der FDP und bei den Grünen.)

Das Prinzip, alle Fraktionen im Präsidium zu beteiligen, ist in der Frage der Schriftführer dankenswerterweise anerkannt worden.

(Zuruf von der CDU: Eben!)

Um so mehr muß man sich fragen, warum es nicht möglich war, dieses Prinzip auch auf die Repräsentanten des Landtages nach außen anzuwenden.

(Bruns [Emden] [SPD]: So viele Leute habt ihr ja gar nicht, daß wir sie alle unterbringen können! — Lebhafter Beifall bei der CDU.)

— Herr Bruns, auch diesen Zwischenruf werde ich als einen Beitrag zum Stil in diesem Hause.

(Widerspruch bei der CDU und bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Wir werden hierzu — ich erkläre das ausdrücklich — keinen Änderungsantrag stellen. Ich möchte nur mit dieser einleitenden Bemerkung deutlich machen, daß unser Verständnis vom Parlamentarismus, auf das auch der neugewählte Präsident in seiner Antrittsrede noch einmal hingewiesen hat

(Zuruf von der SPD)

und das sich nach unserer Meinung auch im Einklang mit der Geschichte dieses Hauses befindet, andere Lösungen ermöglicht und nahegelegt hätte.

Meine Damen und Herren! Wir haben von unserem Verständnis her, daß das Parlament als Ganzes aufgewertet werden muß, überhaupt keine Bedenken gehabt, dem Vorsitzenden der Regierungsfraktion über die im Bundesgebiet von den Fraktionen getroffene Absprache hinaus durch eine Änderung des § 70 der Geschäftsordnung die gleichen Rechte einzuräumen wie den Vorsitzenden der Oppositionsfraktionen.

(Jahn [CDU]: Das hätten wir notfalls auch allein geschafft!)

— Ganz sicher, die CDU hätte dies auch allein durchsetzen können! Ich greife hier einen Einwurf von der rechten Seite auf.

Meine Damen und Herren! Nach unserer Auffassung stärkt aber die Unterstützung eines solchen Vorhabens der Fraktion, die die absolute Mehrheit hat, durch alle anderen Fraktionen das Parlament insgesamt.

(Beifall.)

Damit stärkt man also bei dieser Frage, die die Rechte der Fraktionen betrifft, das Parlament insgesamt gegenüber der Regierung.

Wir können nicht verstehen — das ist eine Frage, die sicherlich heute keine Beantwortung finden wird —, warum sich die Fraktionen der CDU und der SPD so darauf versteift haben, die Besetzung der Ausschüsse bis hin zum Ältestenrat und Präsidium nach dem Verfahren d'Hondt vorzunehmen, statt das gerechtere Verfahren Hare/Niemeyer anzuwenden.

(Lachen bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! Sie alle wissen, daß der Deutsche Bundestag — ich wiederhole: daß der Deutsche Bundestag — dieses Verfahren bei

der Besetzung seiner Ausschüsse seit nunmehr 13 Jahren praktiziert.

(Unruhe bei der SPD.)

Die Anwendung dieses Verfahrens hätte es möglich gemacht, die Ausschüsse zahlenmäßig zu verkleinern und doch allen Fraktionen eine volle Mitwirkungsmöglichkeit einzuräumen.

(Beifall bei den Grünen.)

Die Anwendung dieses Verfahrens hätte selbstverständlich den kleinen Fraktionen genützt, in erster Linie der FDP. Ich hätte das auch ohne Ihre Zwischenrufe deutlich gemacht. Das liegt auf der Hand! Dennoch geht es — ich bitte darüber nachzudenken — dabei vorrangig um eine Frage, nämlich um die Frage der Behandlung von Minderheiten durch die breite Mehrheit.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Und der Mehrheit durch die Minderheiten!)

— An den Zahlenverhältnissen, Herr Bruns, hätte sich durch die Anwendung dieses Verfahrens überhaupt nichts geändert. Das muß ich insbesondere für die Öffentlichkeit sagen.

(Beifall bei der FDP.)

Hinter der Möglichkeit, parlamentarischem Stile gemäß von zwei vorhandenen Möglichkeiten die zu wählen, die mehr Mitwirkung für alle eröffnet, sollte die Besitzstandswahrung zurücktreten.

Ich sagte, wir werden keine Anträge stellen. Wir möchten durch unser Verhalten insgesamt dazu beitragen — es geht schließlich nicht nur um diese beiden Punkte der Geschäftsordnung —, daß der erste Schritt in die neue Legislaturperiode auf möglichst breiter Grundlage erfolgt. Allerdings meine ich es nicht nur unserem Anliegen, sondern auch dem Stile dieses Hauses schuldig zu sein, diese Anmerkungen am Beginn der Legislaturperiode zu machen. Wir behalten uns — wie sicherlich auch die anderen Fraktionen — vor, zur Geschäftsordnung selbst im Rahmen der vorgesehenen Beratungen im Geschäftsausschuß Anträge zu stellen.

Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir noch eine kurze Bemerkung zu einem Sachverhalt, der mit der Stilfrage, aber nicht direkt — ich sage es ausdrücklich — mit der Geschäftsordnung zusammenhängt. Wir hätten es begrüßt, wenn es für die nachher stattfindende Wahl des Ministerpräsidenten möglich gewesen wäre, auf dem Stimmzettel, der nachher verteilt werden wird, auch die Rubrik „Nein“ aufzuführen,

(Beifall bei der FDP und den Grünen)

Hirche

weil es sich in dem einen Fall legitimerweise um den Kandidaten der Mehrheitsfraktion handelt, die allein die Regierung stellt — die Mehrheitsfraktion tut dieses ohne Rücksichtnahme auf Gespräche mit anderen Fraktionen, was ihr gutes Recht ist —, und weil im anderen Fall die größte Oppositionsfraktion — auch aus dem eigenen Programm heraus — einen Kandidaten präsentiert.

(Zuruf von der CDU: Stellt doch auch einen auf!)

Es ist schwierig, sich mit einer Enthaltung dergestalt äußern zu müssen, daß im Grunde nicht klar gegen die auf dem Hintergrund von Parteiprogrammen kandidierenden Bewerber Stellung genommen werden kann. Ich bedauere das.

Meine Damen und Herren, diese Anmerkung mußte sein. Ich habe die Hoffnung, daß wir insgesamt — bitte werten Sie deshalb auch diesen Beitrag nur so — in diesen Fragen zu Gemeinsamkeit kommen werden. Wir wollen als FDP-Fraktion — ich darf das versichern — gern dazu beitragen. Wenn wir durch Ihre Argumente im Laufe der Legislaturperiode feststellen müßten, daß wir in diesen Fragen etwa eigene Interessen über parlamentarische Grundsätze gestellt hätten, dann sind wir auch gern bereit, dazuzulernen und solche Anmerkungen nicht mehr zu machen.

(Beifall bei der FDP.)

Präsident Brandes:

Ich danke dem Kollegen Hirche für seinen Beitrag und erteile das Wort dem Kollegen Fruck.

(Teysen [CDU]: Jetzt rotieren die schon!)

Fruck (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Sinne einer Vorbemerkung möchte ich kurz zu dem Kollegen Hirche sagen: Herr Hirche, vielleicht verständigen wir uns dahingehend, daß wir in Zukunft nicht nur über den politischen Stil reden, sondern uns auch bemühen, denselben real zu praktizieren. Ich sage das nicht nur zu Ihrer Person, sondern sicherlich auch zu Ihrer Partei.

(Bruns [Emden] [SPD]: Klingt überzeugend! — Heiterkeit.)

— Ich darf doch um Ruhe bitten!

(Heiterkeit.)

— Also keine Ovationen bitte. Es ist 12.50 Uhr, um 13 Uhr möchte ich essen.

(Heiterkeit. — Zurufe von der CDU und der SPD.)

— Herr Präsident, darf ich Sie bitten!

Präsident Brandes:

Ich darf bitten, den Redner nicht zu unterbrechen, auch wenn er humoristisch ist.

Fruck (Grüne):

Ich bedanke mich. — Die Fraktion der Grünen hat mit der Landtagsdrucksache 10/2 einen Änderungsantrag zur Vorläufigen Geschäftsordnung für den Niedersächsischen Landtag der Zehnten Wahlperiode eingebracht, den ich kurz begründen werde. Er zielt im Kern darauf, den Ausschuß für Umweltfragen um den Bereich „Naturschutz“ zu erweitern

(Grill [CDU]: Der gehört schon dazu!)

und einen Petitionsausschuß einzurichten. Entgegen der interfraktionalen Absprache — ich glaube vom gestrigen Mittag oder Nachmittag — besteht die Fraktion der Grünen darauf, daß wir hier und heute im Plenum über den Antrag abstimmen.

Artikel 17 des Grundgesetzes besagt, jedermann — und jede Frau — habe das Recht, sich schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die Volksvertretung zu wenden.

(Glogowski [SPD]: Machen die auch! — Unruhe.)

— Laßt mich doch zunächst im Zusammenhang vortragen.

(Glocke des Präsidenten. — Bruns [Emden] [SPD]: Auch Zwischenrufe gehören zum Parlamentarismus! Damit muß er fertig werden!)

Präsident Brandes:

Ich bitte, den Redner doch nicht dauernd zu unterbrechen. Meine Damen und Herren! Im gegenseitigen Einvernehmen sollten wir auch gelegentlich einen Blick auf die Uhr werfen.

(Zurufe: Ja, ja!)

Fruck (Grüne):

Es ist merkwürdig, daß immer diejenigen vom politischen Stil reden, die genau das Gegenteil davon präsentieren oder realisieren.

(Glogowski [SPD]: Nun schlaf nicht ein! — Heiterkeit.)

In allen Parlamenten gibt es einen Petitionsausschuß. Ich stelle fest, daß im Niedersächsischen Landtag ein solcher Ausschuß bisher nicht bestanden hat. Die Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages sieht vor, daß der Präsident Eingaben an einen beliebigen Ausschuß überweisen kann.

(Frau Lewandowsky [SPD]: Nicht an einen beliebigen! Das ist falsch! Keinen beliebigen!)

gen! Das ist genau festgelegt! — Zuruf von der CDU: An den Fachausschuß! — Unruhe.)

— Herr Präsident! Ich muß Sie erneut bitten, mir etwas Gehör zu verschaffen.

(Heiterkeit.)

Präsident Brandes:

Sehr verehrter Kollege Fruck! Der Präsident ist sich der Geschäftsordnung bewußt und weiß, wann er eingreifen muß. Im übrigen müssen Sie sich so verhalten, daß Sie sich selbst Gehör verschaffen.

(Heiterkeit. — Zuruf: Das ist der neue Stil!)

Fruck (Grüne):

Ersparen Sie mir bitte einen Kommentar.

Es liegt im Ermessen des Präsidenten, die Eingabe dem Einsender zurückzuschicken, wenn er den Landtag für nicht zuständig hält. Im Klartext heißt das, daß nicht ein Ausschuß des Landtages bestimmt, sondern daß es in der Regel im Ermessen des Präsidenten liegt, ob eine Bitte oder Beschwerde Volksvertreter überhaupt erreicht. Das ist der Tatbestand. Dieser Zustand ist unerträglich und verfassungswidrig — vergleiche Artikel 17 Grundgesetz.

(Zuruf: Keine Ahnung!)

Als Fraktion der Grünen fordern wir, daß sich die Volksvertreter in einem eigens dafür gebildeten Ausschuß der Petenten annehmen. Begründung: Jährlich wählen über 14 000 Menschen den Freitod. Diese Zahl ist höher als die Zahl der gesamten Verkehrstoten. Auch unter den Verkehrstoten sind viele, die auf diese Art ihrem Leben freiwillig ein Ende bereitet haben.

(Zuruf von der CDU.)

Hinzuzurechnen sind zahlreiche tödliche Betriebsunfälle, die klar auf Selbsttötung zurückzuführen sind. Dieser Tatbestand wirft die Frage auf, wie es dazu kommen konnte.

Ein Großteil der Petitionen betrifft Rechtsurteile, d. h. es werden Urteile gefällt, die Menschen nachweislich in den Tod treiben. Diese Betroffenen wenden sich in ihrer letzten verzweifelten Not an die Volksvertreter. In Niedersachsen bedeutet das, daß die Eingabe eines Betroffenen an irgendeinen Ausschuß überwiesen wird. Dieser kann die Eingabe dann seinerseits zur weiteren Klärung an einen anderen Ausschuß abgeben. Niemand kann sich bei diesem Verfahren letztlich verantwortlich fühlen, obwohl es nicht nur eine Frage der Emotionen ist. Die bisher vom Landtag geübte Praxis führte dazu, daß die Betroffenen ei-

nen kurzen, in der Regel hektografierten Bescheid bekamen. Der Tenor eines solchen Bescheides lautete meist entsprechend § 52 Abs. 6 der Geschäftsordnung:

„Der Landtag sieht keine Möglichkeit, sich für Ihr Anliegen zu verwenden.“

In den uns bekannten Fällen sind solche vorgedruckten Schreiben ohne jegliche Begründung an Bittsteller übersandt worden. Dem Petenten ist dabei unklar geblieben, ob sein Anliegen überhaupt behandelt wurde und wenn ja, mit welchem Ergebnis. Dieser Zustand ist unerträglich und widerspricht dem ersten Satz unserer Verfassung: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das ist der Kernsatz.

Um die bisher praktizierte Würdelosigkeit und Mißachtung des Petitionsrechts im Niedersächsischen Landtag zu beenden,

(Zurufe von der SPD und der CDU: Unverschämtheit!)

fordern wir einen unabhängigen und verantwortlichen Petitionsausschuß. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Ein weiterer Änderungsantrag betrifft den bisherigen Ausschuß für Umweltfragen. Wir beantragen, diesen Ausschuß um den Bereich „Naturschutz“ zu erweitern und ihn als „Ausschuß für Umweltfragen und Naturschutz“ zu bezeichnen. Umweltschutz und Naturschutz gehören zusammen.

(Bruns [Reinhausen] [SPD] und Engels [SPD]: Das ist eine Einheit!)

Sie sind nicht zu trennen.

(Beifall bei der SPD. — Engels [SPD]: Ja!)

Das ist jedermann klar.

In Niedersachsen ist das bisher auf Ausschußebene leider nicht der Fall.

(Zuruf von der CDU: Doch!)

Eine einflußreiche Lobby hat es bis auf den heutigen Tag verstanden, dies zu verhindern.

(Zurufe.)

Hier muß festgestellt werden, daß weite Bereiche der Bevölkerung und einige wenige Politiker der etablierten Parteien den Schutz der Natur als ein hohes und zu schützendes Rechtsgut ansehen. Entsprechend diesem geänderten öffentlichen Rechtsbewußtsein muß der Niedersächsische Landtag dem Rechnung tragen und einen Ausschuß für Umweltfragen und Naturschutz einrichten.

(Gansäuer [CDU]: Er muß gar nichts!)

Fruck

Täte er es nicht, so liefe er Gefahr, die Zeichen der Zeit nicht zu erkennen und von den Realitäten überrollt zu werden.

(Radloff [SPD]: Das haben wir schon lange erkannt!)

Die Schaffung eines solchen Ausschusses entspräche nicht nur dem Volkswillen, sondern trüge auch dazu bei, die uns anvertraute Umwelt zu einer hoffentlich verständigeren Generation hinüberzuretten.

Wir fordern den Niedersächsischen Landtag hier und heute auf, Zeichen zu setzen, Zeichen in eine positive politische Zukunft. Die Bevölkerung erwartet, daß der Landtag diesem Antrag mit überwältigender Mehrheit zustimmt.

(Herbst [CDU]: Woher wissen Sie das? — Weitere Zurufe.)

Präsident Brandes:

Meine Damen und Herren! Ich danke dem Kollegen Fruck für die Begründung des Antrages. — Ich meine, es ist eine Frage gegenseitiger Rücksichtnahme und Achtung, als es parlamentarisch üblich ist. Ich bitte deshalb, die Einzelunterhaltungen, die den Redner wahnsinnig stören, einzustellen, damit wir mit der Tagesordnung weiterkommen.

(Zuruf.)

— Der Zwischenruf gehört zum parlamentarischen Usus. Das ist selbstverständlich.

Meine Damen und Herren, mir liegen zwei Wortmeldungen vor. Ich bitte zunächst den Kollegen Dr. Remmers, das Wort zu nehmen. Anschließend hat der Kollege Helmut Kasimier das Wort.

Dr. Remmers (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die CDU-Fraktion möchte ich beantragen, daß wir die Geschäftsordnung mit den von der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion gemeinsam beantragten Änderungen verabschieden. Wir sind in den Vorgesprächen, von denen mehrere geführt worden sind, eigentlich im wesentlichen übereingekommen, alle die Geschäftsordnung betreffenden Fragen an den Geschäftsausschuß zu überweisen

(Zuruf von den Grünen)

und dort Einzelheiten, die es noch zu regeln gilt, zu besprechen.

Lassen Sie mich zu den einzelnen Fragen, die hier aufgeworfen worden sind, kurz folgendes sagen. Zunächst zu den Ausführungen von Herrn Hirche. Ich meine, Herr Hirche, wir sind in wichtigen Fragen den kleinen Fraktionen entgegenge-

kommen. Daß Sie sich vielleicht mehr erhofft haben, kann ich mir vorstellen; aber dies kann man meiner Ansicht nach realistischerweise nicht vollziehen. Ich meine also, die Geschäftsordnung mit den beantragten Änderungen ist ein guter Kompromiß.

Ihren Hinweis auf das Auszählverfahren Hare-Niemeyer kann ich nicht so ganz verstehen. Ich weiß, daß die FDP zwar überall dort, wo sie die Möglichkeit dazu hatte, immer versucht hat — und auch mit Erfolg versucht hat —, dieses Verfahren durchzusetzen;

(Ja! bei der SPD)

wenn aber zum Beispiel hier bei uns dieses Verfahren durchgesetzt würde, dann müßten wir die Mehrheit der Mehrheitsfraktion durch eine eigene Aktion wiederherstellen. Dies hielte ich nicht für sonderlich sinnvoll,

(Beifall bei der CDU)

zumal dies zu Lasten der nächstgrößeren Fraktion ginge.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Ich meine also, daß dies die wahren Mehrheitsverhältnisse im Parlament verfälschte.

Lassen Sie mich eine weitere Bemerkung zu den Ausführungen des Kollegen Hirche machen. Nicht ganz verstanden habe ich Ihre Aussage, wir hätten ohne Rücksicht und ohne weitere Rücksprache mit Ihnen einen eigenen Kandidaten für die Ministerpräsidentenwahl benannt.

(Heiterkeit. — Hirche [FDP]: Nein! — Bruns [Emden] [SPD]: Das ist ja unerhört!)

Muß ich das so verstehen, daß wir doch besser vorher Koalitionsverhandlungen hätten führen sollen?

(Heiterkeit.)

Ich habe Ihre auch vor der Wahl gegebenen Aussagen so verstanden, daß sich ein weiteres Anklopfen erübrigen würde.

(Heiterkeit.)

Daß Sie dieses Anklopfen jetzt auch noch anmahnen, das — — —

(Heiterkeit. — Lebhafter Beifall bei der CDU. — Hirche [FDP]: Herr Remmers, nicht ungeschickt!)

Ja, meine Damen und Herren, die Zeiten ändern sich, wie wir auch in anderen Ländern sehen.

Nun zu den Anträgen der Fraktion der Grünen. Hierbei will ich wirklich einmal den Versuch machen, meine Damen und Herren, deutlich zu machen — ich habe das auch in den Vorbesprechungen schon gesagt —, worum es uns eigentlich

geht, wenn wir sagen, dies sollten wir im Geschäftsordnungsausschuß besprechen. Ich fange einmal mit dem an, was zuletzt begründet worden ist. Wir haben einen Ausschuß für Umweltfragen. Dies haben wir bisher so verstanden, daß der Name eines Ausschusses über das, was in dem Ausschuß behandelt wird, überhaupt nichts aussagt, sondern alle Themen, die in einem —

(Zuruf von der SPD: Überhaupt nichts? —
Hirche [FDP]: Ein bißchen schon!)

— Ich sage mal so: Wenn hier im Plenum, durch das ja die Überweisung erfolgt, gesagt wird, dies gehöre wegen der Randprobleme in den Ausschuß für Umweltfragen, dann haben wir an diesen Ausschuß überwiesen.

(Hirche [FDP]: Richtig!)

Ob das speziell Naturschutz im engeren Sinne oder was auch immer in diesem Zusammenhang war, gehörte es ohnehin dazu, wie Sie, Herr Fruck, vorhin selbst gesagt haben, weil das eine Einheit ist. Wir haben das also zugewiesen und im Ausschuß erörtert.

(Hirche [FDP]: Alles richtig!)

Dennoch bin ich bereit zu sagen, wir wollen dies in Ruhe im Geschäftsordnungsausschuß diskutieren. Dies ist allerdings wahrlich nicht eilbedürftig, sondern dies können wir im Geschäftsordnungsausschuß miteinander besprechen,

(Beifall bei der CDU — Zustimmung von
Hirche [FDP])

so wie wir über alle Ausschußbezeichnungen in Ruhe diskutieren und klären können, ob wir einige Ausschüsse anders benennen. Ich meine also, daß die Ausschußbezeichnung bisher überhaupt nichts darüber ausgesagt hat, wie ernst wir die Fragen des Naturschutzes nehmen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD. —
Zustimmung von Hirche [FDP].)

Da lassen wir uns den Schneid nicht abkaufen. Ich meine, Sie sollten dies in Ruhe bedenken.

Nun zum Petitionsausschuß. Ich warne in Ihrem eigenen Interesse davor, hier Hals über Kopf Dinge zu verlangen, die Sie sich erst einmal etwas genauer anschauen müssen. Es ist eine alte Praxis im Niedersächsischen Landtag, von der wir alle miteinander überzeugt sind, daß sie sich bewährt hat, nicht einen eigenen Petitionsausschuß zu haben, sondern wegen der Fach- und Sachzuständigkeit und wegen des größeren Engagements der Fachausschüsse die Petitionen durch die jeweiligen Fachausschüsse beraten zu lassen.

Sie haben gesagt, der Landtag bzw. die Landtagsverwaltung sei in der Lage, bestimmte Petitionen

wegen Nichtzuständigkeit zurückzuweisen. Ich will Ihnen dafür ein Beispiel nennen: Wenn ein Bürger eine Petition einreicht und beim Landtag darum ersucht, ein Gerichtsurteil, das ihn getroffen hat, zu revidieren, dann wird dies zurückgewiesen, weil wir dafür in der Tat so oder so nicht zuständig sind. Dies gilt aber nicht für Petitionen, die in der Sache irgendwelche komplizierten oder vielleicht den Landtag nicht unmittelbar betreffenden Fragen enthält, sondern dies gilt nur, wenn wir rechtlich überhaupt nicht in der Lage sind, in der Sache etwas zu machen. Im übrigen beschließt dann der Ausschuß und letztendlich das Plenum darüber, welchen Bescheid der jeweilige Petent erhält.

Wir haben damit gute Erfahrungen gemacht. Ich möchte darum bitten, daß nicht so getan wird, als wenn unser Petitionsrecht der Menschenwürde entspreche. So haben Sie es ja dargestellt.

(Bruns [Emden] [SPD]: Widersprüche!)

— Entschuldigung: der Menschenwürde widerspreche. — Dies halte ich für — um es maßvoll auszudrücken —

(Zuruf von der CDU: Überzogen!)

reichlich übertrieben. Ich wäre sehr dankbar, wenn wir darüber in Ruhe sprechen könnten. Meine Fraktion ist deshalb bereit, Ihren Antrag an den Geschäftsordnungsausschuß zu überweisen, damit wir dort darüber reden. Wenn wir dann unsere Argumente ausgetauscht haben, werden wir uns über diese Frage gar nicht mehr zu streiten brauchen. Es wird offensichtlich etwas aufgebaut, was in der Sache gar nicht strittig ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP.)

Präsident Brandes:

Ich danke dem Kollegen Remmers für seinen Beitrag und erteile dem Kollegen Kasimier das Wort.

Kasimier (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als derjenige, der für die SPD-Fraktion an den Gesprächen, die Herr Präsident Müller im Vorfeld dieser Sitzung mit allen Fraktionen geführt hatte, teilgenommen hat, möchte ich einige Bemerkungen zu dem machen, was hier gesagt worden ist, wobei ich mich bemühen möchte, weitgehend nicht in die Sache einzusteigen.

Vorab möchte ich sagen: Das Ziel dieser Gespräche war es, soweit es für diese Sitzung und für die nachfolgende Konstituierung der Ausschüsse notwendig ist, die Geschäftsordnung zu ändern, und nicht mehr. Dies haben wir, wie ich meine, in fairer Weise besprochen. Wir Sozialdemokraten

Kasimier

haben aufgrund dieser Übereinkunft allen Fraktionen ein umfangreiches Papier mit den Punkten gegeben, die wir bei der nachfolgenden Debatte in dem zu bildenden Geschäftsordnungsausschuß diskutieren möchten. Wir werden auch die Frage des Petitionsausschusses diskutieren, und zwar nicht, weil wir es so sehen, wie es eben in etwas grober Überzeichnung — vielleicht in dem Bemühen, hier gleich am Anfang ein bißchen Musik hereinzubringen — dargestellt worden ist, sondern weil man selbstverständlich nach vielen Jahren der Arbeit überprüfen kann, ob das Petitionswesen, so wie wir es hier gehabt haben, gut ist oder ob es nicht zu verbessern ist. Das ist für uns eine offene Frage. Das will ich hier ganz klar sagen. Ich möchte aber auch im Interesse aller Kollegen, die bisher in diesem Hause gearbeitet haben, sagen, daß sie sich bemüht haben, die Petitionen im Fachausschuß nach bestem Wissen und Gewissen zu behandeln.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU.)

Es ist mit Sicherheit falsch und auch unehrlich, nur weil man neu ist, zu meinen, alles, was bisher geschehen ist, sei Mist, und nun müßten erst einmal einige zeigen, wo es langgeht. Ich glaube, mit dieser Art werden wir nicht weit kommen.

Wir waren uns gestern eigentlich so weit einig, daß wir die Fragen, die von der Fraktion der Grünen eingebracht werden, an den Geschäftsordnungsausschuß überweisen und daß man dann in aller Ruhe entscheiden kann. Ich verstehe nicht ganz, warum heute gesagt wird: „Wir wollen jetzt eine Abstimmung!“ Vielleicht, um in den Ferien sagen zu können: „Schaut her, wie schlimm das alles läuft!“. In der Sache werden wir, wenn die Ausschusßarbeit beginnt, diese Frage wie viele andere Punkte behandeln müssen. Das gilt auch für die Umbenennung des Ausschusses. Dazu ist schon einiges gesagt worden.

Ich möchte eine zweite Bemerkung zu dem machen, was Herr Hirche gesagt hat. Wenn ich an seiner Stelle wäre, hätte ich wahrscheinlich genauso reden müssen. Schließlich muß er als Vorsitzender einer Fraktion mit nur zehn Mitgliedern dafür kämpfen, daß möglichst viele an den Arbeiten beteiligt werden. Wir sollten — auch weil die Öffentlichkeit nicht nur in Gestalt der „Klicker“ hier unten, sondern auch in Gestalt der Presse dort oben vertreten ist — eines deutlich machen: Die beiden großen Fraktionen waren bemüht, auch die anderen in ihre Überlegungen einzubeziehen und einen gemeinsamen Antrag einzubringen. Sie waren vor allen Dingen bemüht — das war insbesondere das Bemühen der Sozialdemokraten —, durch die Geschäftsordnung sicher-

zustellen, daß jede Fraktion in diesem Haus in den Ausschüssen, wo wir — das wissen die älteren Abgeordneten — die Hauptarbeit zu leisten haben, auch tatsächlich mitarbeiten kann.

(Beifall bei der SPD.)

Dies ist geschehen,

(Hirche [FDP]: Das habe ich auch gesagt!)

und zwar dadurch, daß wir die Ausschusßgröße entsprechend eingerichtet haben. Eines muß doch hier gesagt werden: Das Verfahren Hare-Niemeyer hätte im Ergebnis bedeutet, daß im Ausschusß eine völlig andere Mehrheit als im Parlament besteht.

(Hirche [FDP]: Das ist doch nicht richtig!)

Es juckt uns zwar, das auch einmal zu probieren, aber wir sind nüchtern genug, um zu wissen, daß die Mehrheitsfraktion, wenn sie das will, schon hier in der Lage ist, über die Geschäftsordnung zu entscheiden. Es wäre, glaube ich, auch falsch, in den Ausschüssen andere Mehrheiten zu schaffen.

(Hirche [FDP]: Das will keiner, und das wollte keiner!)

Deshalb haben wir die Ausschusßgröße so festgelegt und früher kleinere Ausschüsse in der Mitgliederzahl so angehoben, daß jede Fraktion mit mindestens einem stimmberechtigten Mitglied beteiligt ist. Wir haben sogar das Präsidium in dieser Weise vergrößert, weil nach der ursprünglich gedachten Regelung zumindest die FDP-Fraktion nur einen Vertreter mit beratender Stimme gehabt hätte. Nun soll sie einen stimmberechtigten Vertreter im Präsidium haben. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß es hier nun einmal zwei relativ große Fraktionen gibt — daß wir nicht die größte sind, tut mir leid, aber das ändern wir beim nächsten Mal —,

(Beifall bei der SPD — Heiterkeit bei der CDU — Stock [CDU]: Nur Mut!)

die, wie wir meinen, von der Größe her gerecht beteiligt sind. Wir werden erleben, wie Sie Ihre Möglichkeiten ausnutzen. Ich hoffe, daß wir uns nicht allzuoft Fragen des Stils vorwerfen müssen. Das nützt uns nämlich gar nichts. Es erzeugt höchstens anderswo den Eindruck: „Die kloppen sich wie die Kesselflicker, und nachher trinken sie draußen zusammen Kaffee.“ Lassen Sie uns in der Sache harte Auseinandersetzungen führen, aber halten wir uns nicht gegenseitig dauernd vor, der andere habe einen falschen Stil! Das ist sowieso immer sehr subjektiv. Das werden Sie alle noch erleben.

(Beifall bei der SPD und der CDU.)

Präsident Brandes:

Ich danke dem Kollegen Kasimier und erteile das Wort dem Kollegen Dr. Hruska.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir teilen das Anliegen der Grünen, das Petitionswesen im Niedersächsischen Landtag zu verbessern. Wir hätten es jedoch begrüßt, wenn wir uns — so wie das auch der Kollege Remmers hier ausgeführt hat — im Geschäftsordnungsausschuß in Ruhe über die Details, in denen es zu verbessern ist, hätten unterhalten können. Wir teilen zwar das Anliegen, wir wollen hier aber nicht den Eindruck erwecken, als teilten wir auch die Argumente, die die Grünen dazu vorgebracht haben.

Ich muß mit Entschiedenheit zurückweisen, daß sich der Niedersächsische Landtag nicht um die Petenten, die ihn um Hilfe gebeten haben, bemüht und gekümmert hätte. Ich habe in den Fachausschüssen, in denen ich tätig war, gesehen, mit welcher Ernsthaftigkeit solche Fragen zum Beispiel im Ausschuß für Jugend und Sport behandelt worden sind. Aus diesem Grunde meine ich, daß wir eine solche Kritik am Landtag nicht auf uns sitzen lassen dürfen.

Auf der anderen Seite gibt es aber tatsächlich einige Punkte, die zu verbessern sind. Es ist für uns, Herr Kasimier, keine offene Frage, ob hier etwas zu verbessern ist. Wir haben uns gerade auch in der Zeit, als wir eine gewisse Ruhepause vom Landtag hatten, in der Zeit der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft, um diese Frage bemüht, und wir haben Punkte gesammelt, wo das Petitionswesen zu verbessern ist, die ich Ihnen hier aber nicht alle vortragen will. Einiges ist hier angesprochen worden, so zum Beispiel das Schema der Antwort, die den Petenten als Vordruck in bestimmten Rastern zugeht, was doch den Eindruck erwecken muß, als wäre lieblos und gedankenlos über die Petition beraten worden, und auch die Tatsache, daß die Antwort nicht vom Landtag, sondern von dem Ministerium gegeben wird, von dem bei den Petenten häufig der Eindruck besteht, es sei die Ursache für das Anliegen, das sie vor den Landtag bringen.

All das wie auch die Frage, ob sich nicht nur ein Abgeordneter, nicht nur eine Fraktion, sondern auch Abgeordnete anderer Fraktionen mit einer Petition beschäftigen sollen, wollen wir in Ruhe im Geschäftsordnungsausschuß beraten.

Das Anliegen der Grünen teilen wir, nicht aber die Mittel, die sie anwenden wollen. Wir teilen auch nicht alle Argumente, die sie hier vorge-

bracht haben. Deswegen werden wir ihren Antrag, einen Petitionsausschuß zu bilden, ablehnen.

Auch den Antrag, den Umweltausschuß umzubenennen, werden wir ablehnen. Für uns bedeutet die Einführung des Begriffs „Naturschutz“ in den Titel des Ausschusses eine Einengung und keine Erweiterung. Aus diesem Grunde werden wir diesen Antrag ebenfalls ablehnen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Präsident Brandes:

Danke schön, Herr Kollege Dr. Hruska. Das Wort hat der Kollege Scheibe.

Scheibe (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich nur noch einmal gemeldet, weil das Petitionswesen, wie es im Niedersächsischen Landtag praktiziert wird, schon von den Verfahrensfragen her hier ausführlich behandelt worden ist und insbesondere weil der Herr Kollege Hruska eben mit dem Hinweis darauf eingegangen ist, Herr Kasimier gehe davon aus, daß es eine offene Frage sei, ob Verbesserungen im Petitionswesen notwendig seien. Ich möchte nur mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß die SPD-Fraktion der Auffassung ist, daß solche Verbesserungen notwendig sind.

(Beifall bei der SPD.)

Wir haben den Fraktionen, nachdem wir davon ausgegangen sind, daß Änderungsanträge zur Geschäftsordnung heute nur insoweit gestellt werden sollen, als sie für die Konstituierung des Landtags erforderlich sind und — darauf ist hingewiesen worden — darüber hinausgehende Änderungsanträge zunächst im Geschäftsordnungsausschuß besprochen werden sollen, einen ganzen Katalog von Vorschlägen zur Änderung der Arbeitsweise des Landtages vorgelegt, der auch einen besonderen Abschnitt Petitionswesen enthält. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Petitionen früher nicht korrekt behandelt worden sind. Vielmehr wird damit klargestellt, daß wir Möglichkeiten zur Verbesserung des Petitionswesens sehen. Dabei haben wir auch die Prüfung der Frage, ob ein Petitionsausschuß eingerichtet werden soll, mit aufgenommen.

Die Aussage von Herrn Kasimier bezog sich lediglich auf diese für uns offene Frage. Alle anderen Probleme, die bei der Behandlung der Eingaben eine Rolle spielen, machen nach unserer Auffassung eine Änderung erforderlich. Wir wollen gemeinsam mit Ihnen die Frage weiterdiskutieren,

Scheibe

ob es sinnvoll ist, einen Petitionsausschuß einzurichten. Deshalb hätten wir es sehr begrüßt, wenn der dazu von der Fraktion der Grünen vorgelegte Antrag auch tatsächlich an den Geschäftsordnungsausschuß überwiesen worden wäre oder wenn das noch geschähe.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Brandes:

Ich danke dem Kollege Scheibe. Das Wort hat der Abgeordnete Grösch.

Grösch (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für uns, die wir als Neulinge hier beginnen, ist alles ein bißchen schwierig. Wir sind noch nicht auf die verschiedenen Zwischenrufe getrimmt, die im Landtag offensichtlich häufiger üblich sind, als wir uns das vorgestellt haben.

Ich wollte noch etwas zu der Frage der Ausschüsse sagen. Wir sind der Meinung — das ist zum Teil schon begründet worden, das will ich nicht wiederholen —, daß schon heute eine politische Willenserklärung für die Einrichtung eines Petitionsausschusses abgegeben werden sollte. Wenn Sie anderer Meinung sind, dann können Sie darüber ja abstimmen.

(Zuruf von Briese [CDU].)

Wir verlangen eine Willensbildung, weil nach unserer Meinung sehr viel von dem, was in den berühmten Geschäftsordnungsausschuß hineingepackt wird — ich sage es einmal so —, verschleppt wird. Wir sind der Meinung, was ich auch eben am Schluß gehört habe — — —

(Zuruf von der CDU: Nachdenken!)

— Lassen Sie mich dazu folgendes sagen: Die Schwierigkeit liegt in dem Unterbrechen durch die Zwischenrufe. Wir haben noch nicht genügend Zeit gehabt, nachzudenken.

(Eben! bei der CDU.)

— Im parlamentarischen Bereich! Aber wir wissen von sehr vielen Bürgern, daß sie das Gefühl haben, im Parlament nicht genügend berücksichtigt zu werden. Deswegen unsere Anregung für die Bildung dieses Ausschusses. Die Diskussion hat sich doch nicht nur im parlamentarischen Bereich abgespielt. Deswegen dieses Bekenntnis, wobei man dann über die einzelnen Ausprägungen in diesen Sachen gemeinsam diskutieren kann. Sie haben sehr viel mehr Erfahrung.

(Zuruf von Döring [CDU].)

Wenn gesagt wird, daß man über die Frage der Bildung eines Petitionsausschusses offensichtlich schon länger nachgedacht hat, dann bin ich der Meinung, daß Sie auch heute zu einem Meinungsbild kommen sollten. Wenn Sie so etwas nicht haben wollen, dann stellen Sie das doch öffentlich klar und verschieben es nicht auf irgendeinen Ausschuß.

(Briese [CDU]: Wir wollen aber einmal die Argumente haben!)

Präsident Brandes:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Der Kollege Dr. Remmets hat beantragt, den Ergänzungsantrag der Fraktion der Grünen an den zuständigen Ausschuß — das wäre der Geschäftsordnungsausschuß — zu überweisen. Dieser Antrag ist der weitergehende. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Das ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen dann zum Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD. Dazu liegt eine ausführliche schriftliche Begründung vor. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? — Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Ich lasse über den Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD in der Drucksache 10/3 abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Antrag ist bei einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

Ich lasse dann über die so geänderte Drucksache 10/1, d. h. über die Vorläufige Geschäftsordnung für den Landtag der Zehnten Wahlperiode, im ganzen abstimmen. Wer die veränderte Drucksache 10/1 annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Bei einigen Enthaltungen und einigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit so beschlossen.

Im übrigen soll, wie bereits erwähnt, der Geschäftsordnungsausschuß die Vorläufige Geschäftsordnung überarbeiten und nach einiger Zeit Vorschläge für eine endgültige Geschäftsordnung vorlegen. Dabei kann dann auch in subtiler Weise erörtert werden, was an Sachkunde noch fehlt. Der Geschäftsordnungsausschuß ist in seiner Befassung mit der Geschäftsordnung zeitlich nicht begrenzt.

Meine Damen und Herren! Wir kommen dann zur

Wahl der Vizepräsidenten und Schriftführer

Nach Artikel 8 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung wählt der Landtag neben dem Präsidenten auch dessen Stellvertreter und die Schriftführer.

Wir kommen zunächst zur Wahl der Vizepräsidenten. Nach § 5 Abs. 1 und 2 der soeben beschlossenen Vorläufigen Geschäftsordnung sind drei Vizepräsidenten zu wählen, die von den Fraktionen vorzuschlagen sind, auf die die zweite, dritte und vierte Höchstzahl entfällt. Danach sind ein Vizepräsident von der CDU-Fraktion und zwei Vizepräsidenten von der SPD-Fraktion vorzuschlagen. Ich bitte um Vorschläge. Soweit hier bekannt ist, schlägt die SPD-Fraktion mit der Höchstzahl zwei den Abgeordneten Kreibohm, die CDU-Fraktion mit der Höchstzahl drei den Abgeordneten Warnecke und die SPD-Fraktion mit der Höchstzahl vier den Abgeordneten Bosse vor.

Gibt es weitere Vorschläge? — Keine weiteren Vorschläge!

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über die Vorschläge der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion. Wer den Vorschlägen zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen so beschlossen.

Ich frage die Abgeordneten Kreibohm, Warnecke und Bosse, ob sie das Amt annehmen. — Bernhard Kreibohm!

(Kreibohm [SPD]: Ich nehme das Amt an, Herr Präsident!)

— Herzlich willkommen!

(Heiterkeit.)

Heinrich Warnecke, noch willkommener!

(Oh! bei der SPD. — Warnecke [CDU]: Ich nehme das Amt an, Herr Präsident!)

— Schönen Dank. — Helmuth Bosse!

(Bosse [SPD]: Herr Präsident, ich nehme das Amt an und bedanke mich für das Vertrauen!)

— Immer in besonderem Maße willkommen! Ich bedanke mich für die Wahl der drei Vizepräsidenten.

(Beifall bei der CDU und der SPD.)

Ich stelle fest, daß damit die Abgeordneten Kreibohm, Warnecke und Bosse zu Vizepräsidenten

gewählt worden sind. Ich gratuliere ihnen recht herzlich zu ihrer Wahl und hoffe nach langjähriger gemeinsamer Erfahrung auf eine gute Zusammenarbeit, gute Ergänzung und gute gegenseitige Vertretung. Ich denke, daß wir insgesamt auf gute Zusammenarbeit setzen können. Recht herzlichen Dank dafür. Ich freue mich auf die zukünftige Arbeit des Präsidiums.

Meine Damen und Herren, es sind 13 Schriftführer zu wählen. Das Vorschlagsrecht ergibt sich aus § 5 Abs. 2 der Vorläufigen Geschäftsordnung. Mir sind folgende Vorschläge eingereicht worden:

Von der CDU-Fraktion: Abgeordneter Baldauf, Abgeordneter Brunkhorst, Abgeordnete Frau Flick, Abgeordneter Jenzok, Abgeordneter Reineemann, Abgeordneter Teyssen, Abgeordneter Josef Meyer; von der SPD-Fraktion: Abgeordnete Frau Heyer, Abgeordnete Frau Lemmermann, Abgeordnete Frau Lewandowsky; dann folgt hier Abgeordneter Neese. Da nicht „Frau“ davor steht, nehme ich an, daß es ein Herr ist.

(Zurufe.)

— Also Abgeordneter Neese.

(Stock [CDU]: Steh mal auf! — Abgeordneter Neese erhebt sich. — Heiterkeit.)

Von der Grüne-Fraktion: Abgeordnete Frau Garbe, mir wohlbekannt. Ich freue mich, daß der Kreis Holzminden hier so nachhaltig vertreten ist. Von der FDP-Fraktion: Abgeordneter Kurt Rehkopf.

Habe ich vollständig verlesen? — Keine weiteren Vorschläge; keine Wortmeldungen. Ich halte das Haus damit einverstanden, daß die 13 Schriftführer gemeinsam durch Handzeichen gewählt werden. — Das Haus ist einverstanden.

Wer diese 13 Kollegen zu Schriftführern wählen will — auch die Kolleginnen natürlich; das steht hier wieder nicht drin; das ist diese ewige Vernachlässigung des schöneren Geschlechts! —, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenstimmen? — Enthaltungen? — Ich stelle Einstimmigkeit fest. Keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen. Ich stelle fest, daß die vorgelesenen Abgeordneten einstimmig zu Schriftführern bestellt worden sind.

Ich frage die Kolleginnen und Kollegen, ob sie das Amt annehmen.

Kollege Baldauf?

(Baldauf [CDU]: Ja, ich nehme das Amt an!)

Kollege Brunkhorst?

(Brunkhorst [CDU]: Ja!)

Präsident

Frau Flick?

(Frau Flick [CDU]: Ja!)

Otto Jenzok?

(Jenzok [CDU]: Ja!)

Rolf Reinemann?

(Reinemann [CDU]: Ja, ich nehme an!)

Töne Teysen?

(Heiterkeit. — Teysen [CDU]: Jawohl!)

Josef Meyer?

(Meyer [Twistring] [CDU]: Jawohl!)

Frau Heyer?

(Frau Heyer [SPD]: Ja!)

Frau Lemmermann?

(Frau Lemmermann [SPD]: Ja!)

Frau Lewandowsky?

(Frau Lewandowsky [SPD]: Ja!)

Abgeordneter Neese?

(Neese [SPD]: Ja! — Stock [CDU]: Pauline!
— Heiterkeit.)

Frau Garbe?

(Frau Garbe [Grüne]: Ja!)

Und Kurt Rehkopf?

(Rehkopf [FDP]: Ja, ich nehme an!)

Ich beglückwünsche alle Abgeordneten zu ihrer Wahl zum Schriftführer. Das Präsidium ist damit vollständig. Ich denke, wir werden gut zusammenarbeiten, wobei die Frage des gemeinsamen Mittagessens einer jeweiligen Überprüfung bedürfen wird, damit wir nicht Protokollschwierigkeiten haben.

Ich danke nunmehr den Schriftführern des vorläufigen Sitzungsvorstandes für ihre Amtsführung und bitte von den neugewählten Schriftführern die Kollegen Reinemann und Frau Lemmermann, jetzt hier den Sitzungsvorstand mit mir zu bilden. — Ich bedanke mich.

(Beifall. — Die Schriftführer Frau Lemmermann und Reinemann nehmen ihre Plätze ein.)

Feststellung der Konstituierung des Landtages der Zehnten Wahlperiode

Nachdem wir die Geschäftsordnung beschlossen und das Präsidium bestellt haben, stelle ich nunmehr fest, daß der Landtag der Zehnten Wahlperiode konstituiert ist.

Meine Damen und Herren, wenn Sie mir die Gefälligkeit erweisen würden, in dem zuletzt gepflogenen Tempo fortzufahren, würden wir bald zu nützlichen Ergebnissen kommen.

Mitteilung über den Rücktritt des Ministerpräsidenten

Meine Damen und Herren, nach Artikel 24 Abs. 2 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung tritt der Ministerpräsident zurück, sobald der neugewählte Landtag zusammentritt. Es ist folgendes Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten an den Präsidenten des Niedersächsischen Landtages eingegangen:

„Hannover, den 22. Juni 1982

Sehr geehrter Herr Präsident!

Gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung erkläre ich meinen Rücktritt.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

gez. Dr. Albrecht“

(Beifall bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren, ich möchte namens des Hauses dem scheidenden Kabinett und dem Herrn Ministerpräsidenten als dem Regierungschef recht herzlich danken für die Arbeit, die die Landesregierung in der abgelaufenen Wahlperiode zum Nutzen unseres Landes geleistet hat.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen der FDP.)

Wir kommen dann zur Regierungsbildung und beginnen mit der

Wahl des Ministerpräsidenten

Artikel 20 Abs. 1 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung lautet:

„Der Ministerpräsident wird vom Landtage mit der Mehrheit der Abgeordneten ohne Aussprache in geheimer Abstimmung gewählt.“

Ich bitte um Vorschläge. — Herr Kollege Remmers.

Dr. Remmers (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Ich schlage namens der CDU-Fraktion für die Wahl zum Niedersächsischen Mi-

nisterpräsidenten Herrn Abgeordneten Dr. Ernst Albrecht, den bisherigen Ministerpräsidenten, vor.

(Starker Beifall bei der CDU.)

Präsident Brandes:

Von der SPD-Fraktion ist der Abgeordnete Karl Ravens schriftlich vorgeschlagen worden. Vorgeschlagen sind damit die Abgeordneten Dr. Ernst Albrecht (CDU) und Karl Ravens (SPD). Weitere Vorschläge werden nicht gemacht? — Nein!

Gewählt wird mit Stimmzetteln. Die Abgeordneten werden durch den Schriftführer, den Kollegen Reinemann, aufgerufen. Ich bitte die aufgerufenen Abgeordneten, dann einzeln nach vorn zu kommen und sich zu den aufgestellten Stimmkabinen zu begeben. Auf der rechten Seite des Präsidiums erhalten Sie Ihren Stimmzettel mit Umschlag. Gehen Sie dann bitte zur Wahlkabine. Nach Ihrer Abstimmung in der Wahlkabine bitte ich Sie, den Stimmzettel — — —

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

— Meine Damen und Herren, dies ist der wichtigste Akt, den der Landtag jetzt vorzunehmen hat. Ich bitte Sie, sich nicht gegenseitig zu stören.

(Frau Wettig-Danielmeier [SPD]: Das hatten wir doch schon! — Hirche [FDP]: Das war doch die Wahl des Landtagspräsidenten, denke ich!)

— Ich wiederhole. Gewählt wird mit Stimmzetteln. Die Abgeordneten werden durch den Schriftführer, den Kollegen Reinemann, aufgerufen.

(Der Abgeordnete Meinsen [Grüne] unterhält sich vor dem Rednerpult mit dem Abgeordneten Mombaur [Grüne].)

— Können Sie sich bitte einmal einen Augenblick lang auf Ihren Platz setzen!

Ich bitte die aufgerufenen Abgeordneten, dann einzeln nach vorn zu kommen. Auf der rechten Seite des Präsidiums erhalten Sie Ihren Stimmzettel mit Umschlag. Gehen Sie dann bitte einzeln zur Wahlkabine.

Ich bitte Sie, den Stimmzettel nach Ihrer Stimmabgabe in der Wahlkabine in den Umschlag zu stecken und diesen in die Wahlurne zu werfen. Ich halte das Haus einverstanden, daß ich die Schriftführerin Frau Kollegin Garbe — unterstützt durch einen Beamten der Landtagsverwaltung — damit beauftrage, die Stimmzettel mit Umschlägen auszugeben und die Wählerliste zu führen. — Dagegen erhebt sich kein Wider-

spruch. Frau Garbe, ich bitte Sie, freundlicherweise Ihre Amtspflicht zu übernehmen.

Den Schriftführer Kollegen Brunkhorst bitte ich, darüber Aufsicht zu führen, daß immer nur ein Abgeordneter zur Wahlkabine geht und sich vor allen Dingen immer nur ein Abgeordneter in ihr aufhält. Den Schriftführer Kurt Rehkopf — ebenfalls unterstützt durch einen Beamten der Landtagsverwaltung — bitte ich, bei den Wahlurnen Aufsicht zu führen und die Namenskontrolle vorzunehmen.

Bei dieser Gelegenheit darf ich alle Abgeordneten im Interesse der Erleichterung des Auszählens der abgegebenen Stimmen darum bitten, darauf zu achten, daß das Kreuz auf den Stimmzetteln korrekt angebracht wird, so daß keine Zweifel über die Gültigkeit Ihrer Stimme entstehen können. Wer den Stimmzettel beschädigt, verändert oder mit Zusätzen oder anderen Kennzeichen versieht, macht ihn ungültig. Auch wer zwei Kreuze macht, macht den Stimmzettel ungültig.

(Bruns [Emden] [SPD]: Nanu! — Weiterer Zuruf: Und wer drei Kreuze macht? — Heiterkeit.)

— Ich muß darauf pflichtgemäß hinweisen.

Ich bitte daher, zur Stimmabgabe auch nur die in der Wahlkabine bereitliegenden Kugelschreiber zu benutzen. Für die Dauer der Wahlhandlung bitte ich wieder alle Personen, die nicht Abgeordnete sind — einschließlich der Journalisten und Kamerateams —, den Plenarsaal zu verlassen. Ausgenommen sind die Staatssekretäre und die anwesenden Mitarbeiter der Landtagsverwaltung.

Ich bitte nun die drei genannten Schriftführer, ihr Amt zu übernehmen. Den Kollegen Kurt Rehkopf bitte ich, sich davon zu überzeugen, daß die beiden Wahlurnen leer sind. — Herr Rehkopf, können Sie bestätigen, daß die Wahlurnen leer sind?

(Rehkopf [FDP]: Beide Wahlurnen sind leer!)

— Die Wahlurnen sind leer.

Ich bitte nun, die Abgeordneten namentlich aufzurufen. Der Namensaufruf beginnt. Kollege Reinemann, bitte schön!

(Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren! Der Namensaufruf ist beendet. Ist außer den am Wahlverfahren Beteiligten jemand im Saal, der nicht aufgerufen worden ist? — Das ist nicht der Fall.

Ich bitte nunmehr die am Wahlverfahren beteiligten Schriftführer Wilhelm Brunkhorst, Frau Garbe und Kurt Rehkopf, nacheinander zu wäh-

Präsident

len. Anschließend wählt der Sitzungsvorstand, also Frau Lemmermann, Herr Reinemann und als letzter der Präsident. Das darf ich jetzt von mir selbst sagen.

(Oestmann [CDU]: Aber nicht zu häufig!)

Ich frage jetzt, ob noch ein Abgeordneter im Saal ist, der nicht gewählt hat. — Ich wäre dankbar, wenn die Türen etwas freigemacht werden könnten und die Damen und Herren Kollegen wieder Platz nähmen. Dann ist die Sache übersichtlicher. — Ich frage noch einmal, ob noch eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter im Saal ist, der nicht gewählt hat. — Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Wahl.

Das Wahlergebnis wird in Kürze bekanntgegeben. Ich werde jetzt gleich die Sitzung unterbrechen, bitte aber, nach Möglichkeit auf dem Platz zu bleiben, weil wir mit dem Wahlergebnis alsbald rechnen können und es sehr mißlich wäre, wenn dann ein großes Gelaufe begänne.

Ich bitte die am Wahlvorgang beteiligten Schriftführer Brunkhorst, Frau Garbe und Rehkopf, zusammen mit den Vizepräsidenten Kreibohm, Warnecke und Bosse die Stimmen auszuzählen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 14.26 Uhr.

Wiederbeginn: 14.40 Uhr.

Präsident Brandes:

Meine Damen und Herren! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich bitte die Herren Fraktionsvorsitzenden, dafür zu sorgen, daß alle Abgeordneten im Saal sind, da wir gleich eine Abstimmung vornehmen müssen, bei der die Vollständigkeit der Fraktionen von Bedeutung sein kann.

Nach der mir vorliegenden Wahl Niederschrift hat die Wahl des Ministerpräsidenten folgendes Ergebnis:

Es sind 171 Stimmen abgegeben worden. Darunter waren zwei ungültige Stimmen und 21 Enthaltungen. Von den 148 gültigen Stimmen entfallen auf den Abgeordneten Dr. Albrecht 87 Stimmen.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU.)

Auf den Abgeordneten Ravens entfallen 61 Stimmen.

(Zurufe: Oh!)

Gemäß Artikel 20 Abs. 1 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung muß der zu wählende Mi-

nisterpräsident mit der Mehrheit der Abgeordneten gewählt werden. Das heißt, bei der gesetzlichen Zahl von 171 Abgeordneten müssen mindestens 86 Stimmen für den zu wählenden Ministerpräsidenten abgegeben werden. 87 Stimmen sind für den Abgeordneten Dr. Albrecht abgegeben worden. Damit ist der Abgeordnete Dr. Albrecht zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Ich frage Sie, Herr Dr. Albrecht: Nehmen Sie die Wahl an?

(Ministerpräsident Dr. Albrecht: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an. — Starker, anhaltender Beifall bei der CDU. — Ministerpräsident Dr. Albrecht nimmt die Glückwünsche von zahlreichen Abgeordneten entgegen. — Mombaur [Grüne] überreicht dem Ministerpräsidenten ein Geschenk.)

Damit sind Sie, Herr Kollege Dr. Albrecht, zum Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen gewählt. Ich habe Anlaß, Herr Ministerpräsident, Ihnen für die bisherige persönliche gute Zusammenarbeit zu danken. Ich beglückwünsche Sie und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit Glück, Erfolg und alles Gute.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Herr Ministerpräsident, ich frage Sie, ob Sie in der Lage sind, dem Landtag Ihr Kabinett vorzustellen. — Bitte schön.

Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem mich das Hohe Haus zum Ministerpräsidenten gewählt hat, berufe ich gemäß Artikel 20 Abs. 2 Satz 1 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung zu Mitgliedern der Landesregierung

Herrn Dr. Egbert Möcklinghoff als Minister des Innern,

Herrn Diplomlandwirt Dr. Burkhard Ritz als Minister der Finanzen,

Herrn Hermann Schnipkoweit als Sozialminister,

Frau Birgit Breuel als Minister für Wirtschaft und Verkehr,

Herrn Gerhard Glup als Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,

Herrn Walter Remmers als Minister der Justiz,

Herrn Wilfried Hasselmann als Minister für Bundesangelegenheiten,

Herrn Dr. Johann-Tönjes Cassens als Minister für Wissenschaft und Kunst.

Ich bitte das Hohe Haus, die Landesregierung gemäß Artikel 20 Abs. 3 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung zu bestätigen.

Was das Kultusministerium angeht, so beabsichtige ich, Herrn Georg-Bernd Oschatz im September 1982 zum Kultusminister zu berufen und den Landtag in der ersten Sitzung nach den Sommerferien um dessen Bestätigung als Minister zu bitten. Ich werde für die Zeit bis zu seiner Bestätigung Herrn Dr. Egbert Möcklinghoff mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Kultusministers beauftragen. — Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Präsident Brandes:

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur

Bestätigung der Landesregierung

Nach Artikel 20 Abs. 3 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung bedarf die Landesregierung zur Amtsübernahme der Bestätigung durch den Landtag. Ich lasse jetzt über die Bestätigung abstimmen, und zwar mit folgender Formel: Wer der Landesregierung in der Besetzung, wie sie der Herr Ministerpräsident soeben mitgeteilt hat, die nach der Verfassung erforderliche Bestätigung erteilen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Keine. Die Landesregierung ist mit Mehrheit bestätigt worden.

Ich beglückwünsche die Mitglieder der Landesregierung und bitte sie, die Übernahme ihres Amtes dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie auf den vorgesehenen Plätzen Platz nehmen. Eine besondere Einweisung ist wohl nicht erforderlich. Bitte schön, meine Herren!

(Zurufe: Damen und Herren! — Frau Wettig-Danielmeier [SPD]: Frau Breuel darf sitzen bleiben!)

Meine Damen und Herren, wir machen jetzt eine Mittagspause. Der Landtagspräsident bittet alle Anwesenden zu einem Empfang zunächst in den Repräsentationssaal und dann in die Wandelhalle.

Die Sitzung ist unterbrochen und wird um 16.00 Uhr mit der Vereidigung des Kabinetts fortgesetzt. — Ich bedanke mich.

Unterbrechung: 14.48 Uhr.

Wiederbeginn: 16.05 Uhr.

Präsident Brandes:

Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Wir kommen zur

Vereidigung der Landesregierung

Nach Artikel 22 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung haben der Ministerpräsident und die Minister vor dem Landtag ein Bekenntnis abzulegen und einen Eid zu leisten. Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten, die Frau Minister und die Herren Minister, vorzutreten. Ich bitte alle Anwesenden, sich zu erheben.

Herr Ministerpräsident! Frau Minister! Meine Herren Minister! Das Bekenntnis und der Eid sind von jedem einzelnen von Ihnen abzulegen. Ich bitte Sie, die Bekenntnis- und Eidesformel zu sprechen, die ich Ihnen verlese. — Zunächst Herr Ministerpräsident Dr. Albrecht.

Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Brandes:

Ich danke Ihnen. — Ich muß jetzt nach der vorgeschriebenen Reihenfolge vorgehen. — Herr Minister Dr. Möcklinghoff.

Dr. Möcklinghoff, Minister des Innern:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Brandes:

Ich danke Ihnen. — Herr Minister Dr. Ritz.

Dr. Ritz

Dr. Ritz, Minister der Finanzen:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Brandes:

Ich danke Ihnen. — Herr Minister Schnipkoweit.

Schnipkoweit, Sozialminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Brandes:

Ich danke Ihnen. — Frau Minister Breuel.

Frau Breuel, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Brandes:

Ich danke Ihnen. — Herr Minister Glup.

Glup, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten ge-

wissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Brandes:

Ich danke Ihnen. — Herr Minister Remmers.

Remmers, Minister der Justiz:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Brandes:

Ich danke Ihnen. — Herr Minister Hasselmann.

Hasselmann, Minister für Bundesangelegenheiten:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Brandes:

Danke sehr. — Herr Minister Dr. Cassens.

Dr. Cassens, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Brandes:

Ich danke Ihnen, meine Herren. Damit ist die neue Landesregierung verfassungsgemäß gebildet.

(Frau Lewandowsky [SPD]: Es ist auch eine Dame dabei!)

— Ich danke besonders der Dame. — Ich bitte Sie, Ihre Plätze auf der Regierungsbank einzunehmen, wobei Frau Minister Breuel zu meiner Linken sitzen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Ich habe noch ein Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten bekanntzugeben. Es hat folgenden Wortlaut:

„Gemäß Artikel 20 Abs. 2 Satz 2 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung habe ich Herrn Minister Wilfried Hasselmann zu meinem Stellvertreter ernannt.“

Ich beglückwünsche Herrn Hasselmann zu seiner Ernennung zum stellvertretenden Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der CDU.)

Ich rufe jetzt den letzten Punkt der heutigen Tagesordnung auf:

Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten

Herr Ministerpräsident, ich erteile Ihnen das Wort.

Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist das vierte Mal, daß ich nach der Vereidigung einer Landesregierung vor das Hohe Haus trete, um die Regierungserklärung abzugeben. Die niedersächsischen Wähler haben der CDU 50,7 % der Stimmen gegeben. Dies ist für uns Anlaß zur Freude, aber nicht zum Übermut.

(Beifall bei der CDU.)

Im Gegenteil, je größer das Vertrauen ist, das die Bürger in eine Regierung und in eine Partei setzen, desto schwerer wird die Verantwortung, desto größer auch die Verpflichtung. Wir können angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise der Bundesrepublik Deutschland keine goldenen Zeiten versprechen. Wir haben das auch im Wahlkampf nicht getan. Aber wir werden mit Schwung, mit Ausdauer und mit Augenmaß alle Kräfte darauf richten, Niedersachsen gut durch diese schwierigen Zeiten zu bringen.

Dafür bitten wir um die Mithilfe des Landtags, nicht nur der Mehrheitsfraktion, sondern des Landtags insgesamt. Die Abgeordneten der SPD tragen genauso Verantwortung für die endgültige Konsolidierung des Landeshaushalts wie wir. Die Abgeordneten der Grünen tragen genauso Ver-

antwortung für die Sicherung der Arbeitsplätze wie wir. Die Abgeordneten der FDP tragen genauso Verantwortung für die innere Sicherheit wie wir.

(Beifall bei der CDU.)

Die Landesregierung erhofft sich von dem Wahlausgang, daß das parlamentarische Leben interessanter, vielgestaltiger wird. Es ist gut zu wissen, daß die CDU über die Mehrheit verfügt.

(Beifall bei der CDU. — Hirche [FDP]: Wer weiß!)

Aber das hindert uns nicht daran zu hoffen, daß wichtige Gesetze mit breiter Mehrheit verabschiedet werden können.

Die Frage ist, was wir in diesen Jahren tatsächlich erreichen können. Wir können die Arbeitslosigkeit nicht abbauen ohne eine bessere Politik auf Bundesebene. Aber wir können durch unsere Energiepolitik, Forschungspolitik, Verkehrspolitik, Mittelstandspolitik dafür sorgen, daß wir der Überwindung der Strukturschwächen unseres Landes ein weiteres großes Stück näherkommen. Wir können nicht zusätzliche finanzielle Leistungen für die Bürger in Milliardenhöhe erbringen, aber wir können durch qualitative Maßnahmen in der Raumordnung, in der Sozial- und Schulpolitik dafür sorgen, daß die Lebensbedingungen in Niedersachsen noch menschlicher werden. Die menschliche Schule, das menschliche Krankenhaus, die menschliche Siedlungsstruktur, all dies ist keine Frage des Geldes, wohl aber des richtigen Konzepts und der richtigen Weichenstellung.

Wenn wir uns in der neuen Legislaturperiode diesen Fragen besonders zuwenden wollen, ändert das nichts daran, daß im Vordergrund der Aktualität die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Bundesrepublik Deutschland steht. Wir durchleben die größte Krise seit der Gründung unserer Republik. Selbst wenn die politischen Weichen unverzüglich neu und richtig gestellt würden,

(Na, na! bei der SPD)

bedürfte es eines halben Jahrzehnts, um die Folgen dieser Krise zu überwinden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Das Land Niedersachsen ist von dieser Krise in mehrfacher Hinsicht betroffen. Auch bei uns steigt die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt weiter an. Tausende von mittelständischen selbständigen Existenzen gehen verloren. Auch große Unternehmensgruppen sind in Schwierigkeiten geraten. Die Stilllegung weiterer Betriebe zeichnet sich ab.

Dr. Albrecht

In einer solchen Zeit ist es ungewöhnlich schwer, durch neue Investitionen die immer noch unbefriedigende Wirtschaftsstruktur unseres Landes zu verbessern.

Darüber hinaus ist der finanzielle Handlungsspielraum des Landes eng bemessen. Nach den jüngsten Schätzungen werden die Steuereinnahmen des Landes 1982 nur um 5,3 % über denen des Vorjahres liegen.

(Vizepräsident Kreibohm übernimmt den Vorsitz.)

Zugleich bedingt die stark verschlechterte wirtschaftliche Lage einen starken Anstieg der sozialen Kosten. So erhöhten sich beispielsweise 1981 allein die Ausgaben für Wohngeld um 38,6 %. Unter diesen Umständen ist es ungewöhnlich schwierig, die investiven Ausgaben des Landes unangetastet zu lassen. Eine spürbare Ausweitung der öffentlichen Investitionen ist nach Lage der Dinge in den nächsten Jahren — so wünschenswert sie wäre — nicht finanzierbar.

Zur weiteren konjunkturellen Entwicklung will und kann ich keine Prognose abgeben, weil sie nur durch die Politik des Bundes und nicht durch die der Länder zu beeinflussen ist. Nur, soviel steht fest: Gegenwärtig gibt es kein wirtschaftliches Wachstum, und weder die wirtschaftlichen Daten noch die Politik des Bundes lassen erwarten, daß ein rascher Wandel eintritt. Wenn wir aber in den nächsten Jahren nicht ein deutliches wirtschaftliches Wachstum erreichen, wird es keine zusätzlichen Arbeitsplätze geben. Im Gegenteil, wissenschaftliche Berechnungen ergeben, daß selbst bei einem realen Wachstum von 2 % die Zahl der Arbeitslosen weiter ansteigen wird. Die Politik der gegenwärtigen Bundesregierung läßt nicht erkennen, daß sie ein reales durchschnittliches Wachstum von wenigstens 3 % zu bewirken vermag.

Zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage werden wir deshalb auch prüfen müssen, ob es nicht notwendig ist, die vorhandene Arbeit anders zu verteilen. Dabei werden die Diskussionen über die Möglichkeiten und die Bedingungen einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit auf Bundesebene geführt werden müssen. Sache des Landes hingegen ist es, zu entscheiden, ob ein sinnvoller Beitrag zur Beschäftigung darin besteht, junge Mitarbeiter als Angestellte mit einem vorübergehend verringerten Gehalt und entsprechend gekürzter Arbeitszeit einzustellen. Ich denke hierbei in erster Linie an die große Zahl der ausgebildeten Lehrer. Eine Senkung der Bezüge und der Wochenarbeitszeit für junge Lehrer um 25 % würde es ermöglichen, die Zahl der neu eingestellten

Lehrer um ein Drittel zu erhöhen. Wir werden uns aber auch mit einer verstärkten Einführung flexiblerer Arbeitszeitregelungen, mit der Vergrößerung der Möglichkeiten der Teilzeitarbeit und längerer Beurlaubungen sowie mit dem Abbau der Nebentätigkeiten befassen müssen.

Um eventuellen Mißverständnissen vorzubeugen: Die Institution des Berufsbeamtentums soll und muß unangetastet bleiben. Wir müssen aber sehen, daß für die weitere Entwicklung des öffentlichen Dienstes das Mißverhältnis zwischen Bildungsabschlüssen und Berufschancen nicht ohne Bedeutung sein kann. Der Anteil der Hochschulabsolventen an der Gesamtbevölkerung hat ständig zugenommen. Umgekehrt werden die Chancen dieser Absolventen, in den öffentlichen Dienst aufgenommen zu werden, künftig weiter abnehmen. Wir dürfen dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Wir werden das Problem nur lösen, wenn wir ganz neue Wege beschreiten. Dazu brauchen wir die Solidarität derer, die einen Arbeitsplatz haben, mit denen, die einen Arbeitsplatz haben möchten.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß in den kommenden vier Jahren alle Kräfte für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden müssen. Die Steuerung der Gesamtwirtschaft ist Sache des Bundes. Das Land kann hierzu nur einen begrenzten Beitrag leisten. Wir werden aber versuchen, den Anteil der investiven Ausgaben am Landeshaushalt zu halten. Dies ist für das Jahr 1982 im Unterschied zu vielen anderen Bundesländern und auch zum Bund gelungen. Ob dies für 1983 noch einmal gelingt, hängt allerdings davon ab, wie die Verhandlungen über die Neuordnung des Finanzausgleichs ausgehen und ob es dem Bund gelingt, die Kostensteigerungen bei den Leistungsgesetzen in Grenzen zu halten.

Die eigentlichen Ursachen für die überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit in Niedersachsen sind die wirtschaftlichen Strukturschwächen des Landes. Ich habe immer gesagt: Diese zu beseitigen, kann nicht das Ergebnis einer Legislaturperiode sein. Strukturpolitik ist langfristige Politik. Um so wichtiger ist es allerdings, daß die Weichen richtig gestellt sind.

Die Straßenbaupolitik des Landes wird in den kommenden Jahren weiter darauf ausgerichtet sein, ein leistungsfähiges und verkehrssicheres Straßennetz aus Bundesfernstraßen, Landesstraßen sowie Kreis- und Gemeindestraßen zu erhalten bzw. durch Beseitigung von Schwachstellen noch zu verbessern. Insbesondere wird es darauf ankommen, die abgelegenen und deshalb auch strukturschwachen Regionen Ostfriesland, Ems-

land, Zonentrandgebiet und Unterelbe an das Autobahnnetz anzubinden. Wir werden hierbei unsere bereits eingeleitete Straßenbaupolitik mit allem Nachdruck fortsetzen.

Durch die Vervollständigung der niedersächsischen Hafeninfrastruktur wollen wir den Standortvorteil Niedersachsens als Küstenland sichern und weiter ausbauen. Die Schwerpunkte der Hafeninvestitionen des Landes werden in den kommenden Jahren in Emden und Wilhelmshaven liegen. Ein besonderes Problem ist der Dollarhafen. Die Verhandlungen mit den Niederlanden sind wegen der politischen Umstände in unserem Nachbarland nicht so zügig vorangekommen, wie wir es uns gewünscht hätten. Durch die gegenwärtige Regierungskrise in den Niederlanden wird vermutlich eine weitere Verzögerung eintreten. Dies alles ändert aber nichts daran, daß wir entschlossen sind, den Dollarhafen zu bauen.

Wenn wir die Grundlagen vor allem für die Schaffung neuer Arbeitsplätze auf Dauer legen wollen, wird es darauf ankommen, die Voraussetzungen für die Ansiedlung von Zukunftsindustrien zu schaffen. Wir müssen heute die Weichen so stellen, daß bei einer Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Bedingungen ein Rückgang der Arbeitslosigkeit bei uns im Lande nicht nur vorübergehend eintritt. Bei ernsteren wirtschaftlichen Schwierigkeiten dürfen wir nicht wieder da stehen, wo wir uns seit Jahren befinden.

Eine kaum zu überschätzende Bedeutung für die Ansiedlung von Zukunftsindustrien wird die Forschungspolitik haben. Sie ist für unser Land von existentieller Bedeutung. Die Landesregierung wird deshalb weiterhin alles in ihren Kräften Stehende tun, um die Forschungskapazitäten und Forschungsaktivitäten in Niedersachsen zu verbessern. Die Gründung neuer Forschungseinrichtungen, der Aufbau eines Innovationsberatungssystems, die Einrichtung des niedersächsischen Erfinderzentrums und die Förderung von Innovationsprojekten sind die wesentlichen Elemente einer solchen Politik. Daneben steht mit gleichem Rang die Förderung und bessere Nutzung der in Niedersachsen schon vorhandenen bedeutenden wissenschaftlichen Institutionen, insbesondere der Hochschulen.

Eine auch für die niedersächsische Wirtschaft außerordentlich wichtige Entwicklung zeichnet sich bei den neuen Informations- und Kommunikationstechniken ab. Es kommt darauf an, die Möglichkeiten der vorhandenen, aber auch der neuen Technologien, wie beispielsweise der optischen Nachrichtentechnik, der Glasfaser oder der Digitalisierung von Netzen, zu nutzen. Eine moder-

ne, leistungsstarke Infrastruktur der Nachrichtenwege schafft Voraussetzungen für die künftige Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und damit für deren weitere Entwicklung. Wir haben das Glück, daß diese Entwicklung noch am Anfang steht. Mit allem Nachdruck wird die Landesregierung darauf hinwirken, daß wenigstens unser Bundesland diese Chance nicht verpaßt.

Für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ist des weiteren die Sicherung unserer Energieversorgung von entscheidender Bedeutung. Die Bedeutung einer zukunftsorientierten Energiepolitik im Rahmen unserer gesamten Wirtschaftspolitik ist gerade in den beiden vergangenen Jahren besonders erkennbar geworden. Weiten Teilen unserer Bevölkerung ist deutlich geworden, daß eine preisgünstige, sichere und ausreichende Energieversorgung Voraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Unternehmen auf den Weltmärkten, für Wirtschaftswachstum und damit für gesicherte Arbeitsplätze ist. Der deutschen Wirtschaft muß ein kostengünstiges Energiepreisniveau erhalten bleiben, damit sie international im Wettbewerb bestehen kann. Um so mehr muß davor gewarnt werden, die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaues der Kernenergie sofort wieder in Zweifel zu ziehen, wenn sich eine gewisse Entspannung auf dem Ölmarkt zeigt.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP.)

An der grundsätzlichen Situation ändert sich hierdurch überhaupt nichts; die nächste Ölkrise kommt bestimmt. Überdies muß man sehen, daß dann, wenn die Wirtschaft wieder Tritt faßt und Wachstumsraten von 2 % bis 4 % erzielt werden sollten, der Energiebedarf zwangsläufig weiter zunimmt.

Die Landesregierung ist davon überzeugt, daß die Kernenergie weiter ausgebaut werden muß. Ihr Anteil an der Stromerzeugung beträgt bundesweit etwa 17 %. In Niedersachsen hat er im vergangenen Jahr etwa 35 % betragen. Der Preisvorteil der Kernenergie bei der Stromerzeugung im Grundlastbereich wird mit rund 5 Pfennig pro Kilowattstunde angenommen. Wäre also der in Niedersachsen aus Kernenergie erzeugte Strom aus deutscher Kohle erzeugt worden, hätten die niedersächsischen Stromverbraucher im vergangenen Jahr rund 750 Millionen DM mehr bezahlen müssen.

(Haubold [Grüne]: Was kostet denn die Endlagerung?)

Die Niedersächsische Landesregierung geht davon aus, daß langfristig der gesamte Grundlastbedarf aus Kernenergie gedeckt wird. Die Mittellast

Dr. Albrecht

bleibt in erster Linie der Kohle sowie in vermindertem Umfang dem Gas vorbehalten.

In untrennbarem Zusammenhang mit der Kernenergie steht die Frage der Entsorgung der Kernkraftwerke. Niedersachsen hat hier im nationalen Interesse Aufgaben übernommen wie kein anderes Bundesland. Wir haben „ja“ gesagt zur Endlagerung in Gorleben unter der Voraussetzung, daß die laufenden Untersuchungen die Eignung des Salzstockes ergeben. Das Zwischenlager in Gorleben wird gebaut.

(Mombaur [Grüne]: Nein!)

Wir haben erklärt — — —

Das Zwischenlager in Gorleben wird gebaut!

(Lebhafter Beifall bei der CDU. — Unruhe bei der SPD.)

Wir haben erklärt, daß wir einen Planfeststellungsantrag der Bundesregierung für die Lagerung schwachradioaktiver Stoffe in der Grube Konrad zügig prüfen werden.

Ungeklärt ist die Frage, wann und wo eine Entsorgungsanlage zur Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente oder zur Konditionierung dieser Elemente für die Endlagerung gebaut werden soll.

(Zuruf von den Grünen.)

Die Landesregierung ist wie andere Bundesländer bereit, entsprechende Anträge entgegenzunehmen und zu prüfen, nicht aber für den Standort Gorleben.

Die Landesregierung wird auch in Zukunft alle Bemühungen um die Substitution des Energieträgers Erdöl weiter fortführen. Das Fernwärmeforschungsinstitut in Hannover hat den Auftrag erhalten, zu ermitteln, wie die für die Fernwärme im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarung zur Verfügung stehenden 120 Millionen DM unter energiepolitischen und energiewirtschaftlichen Gesichtspunkten optimal verwendet werden können. Im Rahmen dieser Arbeiten wird Niedersachsen als erstes Land ein flächendeckendes Wärmekataster aufstellen. Auf seiner Basis und auf der Basis der in der nahen Zukunft aufzustellenden Energiebilanzen wird die Landesregierung neben der Entwicklung des Fernwärmekonzepts auch ein Konzept für die Nutzung vorhandener Abwärmequellen sowie für den Einsatz von Müll in Heizkraftwerken entwickeln.

(Zustimmung bei der CDU.)

Das Konzept einer möglichst sicheren Energieversorgung muß die Nutzung aller Energieträger einbeziehen. — Da wären wir uns wieder einig, Herr

Mombaur! — Deshalb wird auch die Energiegewinnung aus Sonne, Wind und Biomasse weiter untersucht werden. Die Niedersächsische Landesregierung hat erst kürzlich entschieden, eine Bio-äthanol-Forschungsanlage zu fördern.

Die Bedeutung der mittelständischen Wirtschaft für die Wirtschafts- und Beschäftigungssituation in unserem Lande wird gerade in Krisenzeiten besonders deutlich. Rund 70 % der Beschäftigten in Niedersachsen haben ihren Arbeitsplatz in mittelständischen Betrieben. Die Politik der Landesregierung wird deshalb darauf ausgerichtet sein, dieses Rückgrat unserer Wirtschaft zu erhalten und zu stärken.

(Beifall bei der CDU.)

Die Notwendigkeit der mittelständischen Wirtschaftsförderung ist unbestritten. Der von der Landesregierung 1977 geschaffene Darlehnsfonds ist ein durchschlagender Erfolg geworden. 1982 können bereits 136 Millionen DM in Form von zinsgünstigen Darlehen vergeben werden. Auch in den kommenden Jahren soll der Fonds stetig weiter aufgestockt werden.

Unverändert werden wir auch weiterhin das Ziel verfolgen, da wo es möglich ist, Tätigkeiten und Eigentum der öffentlichen Hand aufzugeben und auf private und kommunale Träger zu verlagern sowie den Staat aus Aufgaben zu entlassen, die er nicht zwingend selber wahrnehmen muß.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf einen besonders wichtigen Bereich unserer mittelständischen Wirtschaft eingehen: die Landwirtschaft. Niedersachsen ist ein von der Landwirtschaft stark geprägtes Land. Dies soll und wird auch so bleiben.

Trotz technischer und wirtschaftlicher Zwänge zu größeren Produktionseinheiten dominiert bei uns der bäuerliche Familienbetrieb, ganz gleich, ob er auf Ackerbau- oder Grünlandstandorten wirtschaftet oder intensive Veredelungswirtschaft betreibt.

Mit über 7 Milliarden DM trug die einheimische Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1981 zur gesamten Wertschöpfung in Niedersachsen bei. Das ist anteilmäßig doppelt soviel wie auf Bundesebene.

Jeder dritte Arbeitsplatz hängt in unserem Lande direkt oder indirekt von der Land- und Forstwirtschaft ab.

Hiermit wird deutlich, daß die Land- und Forstwirtschaft ein wichtiges Element unseres gesamten Wirtschaftslebens und in weiten ländlichen

Gebieten unseres Landes der bestimmende Faktor für die Arbeitsplatzsituation ist. Diese Tatsache hat die Landesregierung bereits zu Beginn dieses Jahres bewogen, die Land- und Forstwirtschaft im Grundsatz wie die mittelständische Wirtschaft zu behandeln und ihr mit Rücksicht auf die derzeitige Liquiditätsenge und zur Förderung der Investitionsbereitschaft den Darlehensfonds zu öffnen. Die bisherigen Erfahrungen ermutigen uns, auf diesem Wege weiterzugehen.

Im übrigen halten wir an den wichtigen Elementen unserer bisherigen Politik zur Erhaltung der wirtschaftlichen Stärke der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe fest. Dies bedeutet:

Eine gezielte überbetriebliche und einzelbetriebliche Förderung, die Landwirten, Forstwirten, Gärtnern und Fischern helfen soll, ihre Betriebe so zu entwickeln, daß sie ein ausreichendes Einkommen künftig selbständig erwirtschaften können.

(Beifall bei der CDU.)

Der in einer dynamischen Wirtschaft notwendige Strukturwandel, von dem auch die Landwirtschaft nicht verschont bleibt, ist weiterhin sozial abzusichern. Gleichzeitig wird die Landesregierung einen Schwerpunkt ihrer Politik darin sehen, in den ländlichen Räumen außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Der überregionale Absatz unserer ernährungswirtschaftlichen Güter ist noch wirkungsvoller zu gestalten. 1981 konnten Ernährungsgüter für rund 4 Milliarden DM außerhalb unserer Landesgrenzen abgesetzt werden.

Die Qualität und der heute schon weithin anerkannte Standard unserer landwirtschaftlichen Produkte muß noch weiter verbessert werden. Schädliche Immissionen müssen vermindert werden

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

und der Einsatz chemischer Mittel muß auf das Notwendige und Vertretbare begrenzt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP.)

Hier sollen vorsorglich umfangreiche Untersuchungsprogramme durchgeführt und bei Vorliegen positiver Ergebnisse entsprechende Konsequenzen gezogen werden.

(Zuruf von der SPD.)

Agrarpolitik bedeutet für uns nicht nur eine ausschließlich auf die Produktion und Vermarktung bezogene Politik. Für uns ist Agrarpolitik zugleich auch Gesellschaftspolitik. Wir wollen, daß unsere land- und forstwirtschaftlichen Betriebe den

nachfolgenden Generationen erhalten bleiben. Wir sind aber auch daran interessiert, daß im ländlichen Raum jede Möglichkeit genutzt wird, um den dort lebenden Menschen durch Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung sowie durch eine zielstrebige Wirtschaftsförderung zusätzliche Chancen zu eröffnen.

Bei allem kann und darf der Staat nach unserer Auffassung nur Hilfen geben. Die Initiativen und Entscheidungen liegen bei den Menschen selbst.

Ein grundsätzliches Problem unserer Unternehmen, insbesondere aber auch der mittelständischen Betriebe, ist die sinkende Eigenkapitalausstattung. Nicht nur deshalb, aber auch aus diesem Grunde hat die Niedersächsische Landesregierung einen Gesetzentwurf zur Förderung der Beteiligung von Arbeitnehmern am Produktiveigentum erarbeitet, dessen Ziel es ist, sowohl die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand als auch die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen zu verbessern.

Neben den genannten Maßnahmen und Zielen sind wir selbstverständlich weiter bemüht, durch die vorhandenen Instrumente der Wirtschaftsförderung unmittelbar neue Arbeitsplätze zu schaffen. Unser Grundsatz bleibt wie bisher: Keine wichtige Industrieansiedlung soll an fehlenden Haushaltsmitteln scheitern.

(Beifall bei der CDU.)

Niedersachsen konnte in den vergangenen sechs Jahren mehr neue Arbeitsplätze schaffen als andere Bundesländer. Wir werden alle Kraft daransetzen, daß dies auch in Zukunft so bleibt.

Die Entwicklung der Landesfinanzen bietet Anlaß zu erheblicher Sorge.

(Zuruf von der SPD: Allerdings! — Weiterer Zuruf von der SPD: Sechs Jahre Albrecht-Politik!)

— Stellen Sie sich einmal vor, wie groß die Sorgen wären, wenn wir nicht sechs Jahre regiert hätten!

(Starker Beifall bei der CDU.)

Bereits in meiner Regierungserklärung vom Juni 1978 hatte ich wegen der Kumulierung von Steuerensenkungsmaßnahmen und umfangreichen Ausgabenprogrammen des Bundes auf die bevorstehenden Haushaltsbelastungen hingewiesen. Allein die ab 1978 neu wirksam gewordenen steuerrechtlichen Änderungen bewirken tatsächlich insgesamt für den niedersächsischen Landeshaushalt 1982 Einnahmeausfälle von über 1,5 Milliarden DM. Hinzu kommen die zumindest für dieses

Dr. Albrecht

Jahr zu erwartenden Mindereinnahmen bei den Steuern.

Angesichts der nach wie vor notwendigen Haushaltskonsolidierung können wir uns in der nahen Zukunft neue größere Einnahmeverluste nicht leisten. Das muß auch im Blick auf den bundesstaatlichen Finanzausgleich gesagt werden. Hier stehen wir zur Zeit in schwierigen Verhandlungen mit dem Bund und anderen Ländern, in denen es auch um die Förderabgabe auf das heimische Erdöl und Erdgas geht. Die Förderabgabe bietet unserem Lande die Chance, zur Beseitigung seiner Strukturschwächen auch in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit mehr zu tun, als dies sonst denkbar wäre.

Ich darf daran erinnern, daß die zusätzlich im Haushalt 1982 für investive Maßnahmen bereitgestellten 700 Millionen DM ohne die Einnahmen aus der Förderabgabe nicht denkbar gewesen wären. Wenn es uns gelingen sollte, auch in den nächsten Jahren den Anteil der investiven Ausgaben am Landeshaushalt zu halten, wird dies nur mit der Förderabgabe können. Ich appelliere deshalb an alle hier im Landtag vertretenen Parteien und Abgeordneten sowie an unsere Abgeordneten im Deutschen Bundestag mitzuhelfen, daß eine nachhaltige Einbuße an den Einnahmen aus der Förderabgabe verhindert wird.

(Beifall bei der CDU.)

Auf der Ausgabenseite wird nach wie vor die Dispositionsfreiheit des Landes durch zahlreiche vom Bund veranlaßte Ausgabenzwänge in teilweise bedenklicher Größenordnung eingeschränkt.

Sorge bereitet aber auch die wachsende Tendenz des Bundes, sich bereits vor einer von uns im Prinzip angestrebten, aber einvernehmlichen Entflechtung der Mischfinanzierungen einseitig aus gemeinsamen Finanzierungen zurückzuziehen, wie er es vor allem im Hochschulbau, Wohnungsbau, Studentenwohnraumbau und Krankenhausbau getan hat. Das Land war dadurch gezwungen, Bundesmittel vorzufinanzieren und sogar durch eigene Mittel auszugleichen.

Statt neue Konjunkturprogramme zu konzipieren, sollte der Bund nach unserer Auffassung zunächst einmal die Kürzungen rückgängig machen, die er in den letzten beiden Jahren bei den gemeinsam mit den Ländern finanzierten Investitionen vorgenommen hat.

(Beifall bei der CDU.)

Es erscheint auch widersinnig, ein Beschäftigungsprogramm aufzulegen, zugleich aber eines der klassischen Instrumente einer gezielten Beschäftigungspolitik — nämlich die Mittel für Ar-

beitsbeschaffungsmaßnahmen — ab 1. Januar d.J. drastisch zu kürzen. Für unser Land läßt sich sagen, daß sich so manches Projekt nur auf dem Wege über die Beschäftigung schwer vermittelbarer Arbeitsloser hat verwirklichen lassen.

Trotz der erschwerten Umstände ist es das Ziel niedersächsischer Finanzpolitik, den Anteil der Kreditfinanzierung am Landeshaushalt weiter zu reduzieren. Der Vergleich mit anderen Bundesländern, etwa Nordrhein-Westfalen oder Bremen, zeigt, wie recht wir daran getan haben, bereits 1976 die Rückführung der Neuverschuldung einzuleiten.

(Zuruf von der SPD.)

Dies hat uns davor bewahrt, jetzt abrupte Eingriffe in die Ausgabenstruktur des Landes mit schwerwiegenden sozialen Fragen vornehmen zu müssen.

Die Finanzsituation des Landes berührt auch die niedersächsischen Gemeinden. Bei den bisherigen zum Teil einschneidenden Sparmaßnahmen im Landeshaushalt sind die niedersächsischen Gemeinden, verglichen mit der Situation in anderen Ländern, schonend behandelt worden.

(Widerspruch bei der SPD.)

Durch Abbau von Zweckzuweisungen bei gleichzeitiger entsprechender Verstärkung der kommunalen Verbundmasse haben wir die Dispositionsmöglichkeiten der Gemeinden fühlbar verbessert. Niemand sollte aber vergessen, daß das Land und seine Gemeinden in einem Boot sitzen und in finanziell schwierigen Lagen solidarisch miteinander umgehen und die unvermeidbaren Lasten gemeinsam tragen müssen.

(Beifall bei der CDU.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schon in meiner Regierungserklärung aus dem Jahre 1978 habe ich der Mehrung der Lebensqualität besonderes Gewicht beigemessen. Auch heute, wo die politische Aktualität von den wirtschaftlichen und finanziellen Sorgen bestimmt ist, hat diese Aufgabe nichts von ihrer Bedeutung verloren. Im Gegenteil: Gerade in Zeiten leerer Kassen ist es besonders lohnend, nach Möglichkeiten der menschlichen Gestaltung unserer Lebensverhältnisse Ausschau zu halten. Vieles kann hier ohne große Kosten bewirkt werden.

Da ist zunächst das Bildungswesen zu nennen. Der äußere Ausbau des niedersächsischen Schulwesens ist weitgehend abgeschlossen. Dabei wurden klare Schulstrukturen geschaffen. Die Unterrichtsversorgung konnte so verbessert werden, daß

Niedersachsen im bundesweiten Vergleich ausgesprochen gut dasteht.

In den kommenden Jahren wird die Zahl der Schüler um etwa 40 % zurückgehen. Trotz der finanziellen Lage wird sich die Landesregierung bemühen, die Zahl der Planstellen für Lehrer im wesentlichen zu erhalten. Damit soll jungen Lehramtskandidaten eine Chance gegeben werden. Zugleich wollen wir diese Entwicklung für qualitative Verbesserungen, insbesondere für eine Senkung der Klassenstärken, nutzen.

(Zuruf von der SPD: Daran wollen wir erinnern!)

Die Landesregierung wird dennoch die Ausbildungskapazität für den Studiengang Lehramt an Grund- und Hauptschulen wegen der Entwicklung des Bedarfs im Lehramtsbereich und der Nachfrage in anderen Studiengängen zurücknehmen müssen. Dabei werden wir nicht daran vorbeikommen, die Lehramtsausbildung auf weniger Hochschulstandorte zu konzentrieren.

Nachdem die organisatorischen und strukturellen Maßnahmen im Schulwesen weitgehend abgeschlossen sind, können und müssen wir uns in den kommenden Jahren verstärkt den Unterrichtsinhalten zuwenden.

(Aha! bei der SPD.)

Letztlich entscheidend für die Qualität der Schule ist. Wir brauchen das andauernde Gespräch zwi-

(Beifall bei der CDU. — Dehn [SPD]: Wir haben schon manche Drohung gehört!)

Die Landesregierung ist sich bewußt, daß mit Verordnungen und Erlassen hier wenig zu bewirken ist. Wir brauchen das andauernde Gespräch zwischen Regierung, Landtag, Eltern, Lehrern und Schülern über die Bildungs- und Erziehungsziele der Schule. Dabei wird sich erweisen, ob wir in Niedersachsen noch in der Lage sind, ein hohes Maß an Konsens über die Frage zu finden, was Schule für die Kinder leisten kann und soll.

Die niedersächsischen Hochschulen werden zwischen 1982 und etwa 1990 vor eine ihrer größten Bewährungsproben gestellt werden. Die Zahl der Studenten nimmt immer noch zu. Gleichzeitig verringern sich die Berufschancen für Akademiker, und auch die Finanzkrise der öffentlichen Hand erlaubt es nicht, optimale bauliche und personelle Voraussetzungen für den Studienbetrieb zu schaffen. Der weitgehende Rückzug des Bundes aus der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau

(Zuruf von der SPD: Das habt ihr doch gewollt!)

— aber nicht so! — zwingt das Land, die notwendige Abrundung des Ausbaus unserer Hochschulen — und hier vor allem der jungen Hochschulen — weitgehend aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Die Landesregierung wird dem Landtag schon bald ein Abschlußgesetz für den Hochschulbau vorlegen.

(Aha! bei der SPD.)

Sie hofft, darüber hinaus in der Lage zu sein, auch die personelle Ausstattung unserer Hochschulen zu verbessern. Dies entbindet die Hochschulen jedoch nicht von der Pflicht, durch Umschichtung von Stellen für einen noch wirksameren Einsatz der vorhandenen Mittel zu sorgen.

Die wichtigste hochschulpolitische Aufgabe dieser Legislaturperiode ist nach Auffassung der Landesregierung die Studienreform.

(Zuruf von der SPD.)

Wir müssen die Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem verbessern. Wir müssen aber auch dafür sorgen, daß der normale Student früher, als es heute der Fall ist, seinen Abschluß machen kann.

(Zuruf von der SPD: Noch mehr Arbeitslose!)

In der Erwachsenenbildung sieht die Landesregierung einen eigenständigen Bestandteil des öffentlichen Bildungswesens.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Die Landesregierung bekennt sich zu den Zielen der niedersächsischen Erwachsenenbildungs- und Bildungsurlaubsgesetze.

(Zuruf von der SPD.)

Dies schließt nicht aus,

(Aha! bei der SPD)

daß aus finanziellen und aus sachlichen Gründen

(Aha! bei der SPD)

gewisse Veränderungen an den bestehenden Gesetzen vorgenommen werden.

(Hört, hört! bei der SPD.)

Die Landesregierung wird den Landtag mit entsprechenden Vorschlägen befassen.

(Beifall bei der CDU.)

Noch wichtiger als die Erwachsenenbildung ist die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für die Schulabgänger. Die Landesregierung ist stolz darauf, daß es in engem Zusammenwirken zwischen Regierung und Wirtschaft unter maßgeblicher Beteiligung auch der Gewerkschaften in den letzten Jahren gelungen ist, der wachsenden Zahl von

Dr. Albrecht

jungen Menschen eine wachsende Zahl von Ausbildungsplätzen anzubieten. Wir verhehlen jedoch nicht, daß die allgemeine Wirtschaftskrise auch die Ausbildung junger Menschen gefährdet.

(Präsident Brandes übernimmt den Vorsitz.)

Vor allem in den kommenden zwei Jahren bedarf es besonderer Anstrengungen. Die Landesregierung wird das Notwendige tun und sinnvolle Maßnahmen

(Zuruf von der SPD: Das wäre?)

nicht am Gelde scheitern lassen.

In der Sozialpolitik wird die Landesregierung alles tun, um auch in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten bewährte soziale Errungenschaften zu erhalten und — wo es wirklich notwendig ist — zu verbessern. Dabei bleibt die Sozialpolitik an dem Grundsatz der Subsidiarität ausgerichtet. Auch wenn kein Zweifel daran besteht, daß für die Daseinsvorsorge in unserer Gesellschaft staatliches Handeln unerlässlich ist, so muß doch das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ Vorrang haben. Nur so kann Anspruchsdenken abgebaut und dem Bedürfnis der Bürger nach mehr Selbstbestimmung entsprochen werden. Dabei muß das staatliche Handeln den Menschen in den Mittelpunkt stellen und für ihn durchschaubar sein.

(Zustimmung von Hirche [FDP].)

Die Landesregierung wird die Familie als beständigste und zuverlässigste Form menschlichen Zusammenlebens auf der Grundlage der bisherigen Politik weiter fördern. Dabei hält sie es für besonders wichtig, darauf hinzuwirken, daß die verschiedenen Generationen wieder öfter als heute unter einem Dach leben.

(Beifall bei der CDU.)

Natürlich kann man hier keine Änderungen verordnen. Wohl aber können wir den Willen zur Generationengemeinschaft stärken und praktische Erleichterungen, etwa in der Wohnungsbaupolitik, schaffen.

Die in unserer Gesellschaft und Arbeitswelt immer noch unvollständig verwirklichte Gleichberechtigung der Frau versteht die Landesregierung als besondere politische Aufgabe. Im Sozialministerium wird deshalb ein eigenständiges Referat eingerichtet, das sich ausschließlich mit Frauen betreffenden Fragen und den für die Frauen relevanten Maßnahmen der einzelnen Ministerien befassen wird.

(Beifall bei der CDU.)

Vorrangiges Ziel der Politik für die alten Menschen bleibt, ihnen eine selbständige Lebensfüh-

rung zu ermöglichen und ihre Stellung innerhalb der Gesellschaft zu verbessern.

Wir werden uns weiter bemühen, dem Streben der Behinderten nach Selbstverwirklichung und Eigenständigkeit gerecht zu werden. Dazu wird die Landesregierung neben der Förderung stationärer Einrichtungen auch neue Formen des Zusammenlebens, wie etwa in Wohngemeinschaften, ermöglichen. Ein Programm zur Frühförderung entwicklungsgestörter Kinder soll die organisatorischen Voraussetzungen gezielter und umfassender Betreuung in den ersten drei Lebensjahren schaffen. Ein weiterer Schwerpunkt wird die familien- und gemeindenahen Betreuung Behinderter durch weitgehende Regionalisierung der Hilfsangebote sein.

Neben der Förderung des Zielgruppenwohnungsbaus wird die Landesregierung der zunehmenden Wohnungsnachfrage in Ballungsräumen mit finanziellen Anreizen für den Neubau von Mietwohnungen beggnen.

(Zuruf von der SPD.)

Zur Erleichterung von Modernisierungen, der Sanierung von Altbauten und des Bauens überhaupt haben wir die Absicht, das Baugenehmigungsverfahren weiter zu erleichtern, die Niedersächsische Bauordnung neuen Entwicklungen anzupassen und das Recht der städtebaulichen Erneuerung zu vereinfachen.

(Beifall bei der CDU und der FDP.)

Den wirksamsten Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen können immer noch die Bürger selbst durch eine verantwortungsvolle Lebensführung leisten. Die Landesregierung wird zur Förderung des vorbeugenden Gesundheitsschutzes ein umfassendes Programm vorlegen. Dessen Schwerpunkte werden bei der Gesundheitsaufklärung und den Maßnahmen zur Bekämpfung der sogenannten Volkskrankheiten unter Einbeziehung von Selbsthilfegruppen und der Gesundheitsvorsorge- und Früherkennungsmaßnahmen liegen.

Bei der Umsetzung des 1981 vorgelegten Aktionsprogramms zur Bekämpfung des Alkohol-, Drogen- und Medikamentenmißbrauchs wird die Landesregierung darauf hinwirken, die Suchtkrankheiten und ihre Behandlung in Forschung und Lehre verstärkt einzubeziehen. Angesichts der über eine Million Suchtkranken in der Bundesrepublik kann es nicht länger hingenommen werden, daß eine Ursachenforschung im Hinblick auf die Abhängigkeitskrankheiten kaum betrieben wird.

In der Krankenhauspolitik wird die Sanierung der Akutkrankenhäuser Schwerpunkt bleiben. Angesichts der hohen Kosten für diese Maßnahmen werden wir gemeinsam mit den Trägern nach weiteren Möglichkeiten der Kostenreduzierung suchen.

Der Krankenhausbedarfsplan wird fortgeschrieben. Dabei wird der erfolgreich eingeschlagene Weg des kontinuierlichen Abbaus überflüssiger Krankenhausbetten zügig fortgesetzt.

(Dr. Hruska [FDP]: So erfolgreich war der nicht!)

Die Sanierungsmaßnahmen in den Landeskrankenhäusern können in den nächsten Jahren abgeschlossen werden. Der Schwerpunkt wird nunmehr auf dem Ausbau der ambulanten Behandlung psychisch Kranker liegen.

Lassen Sie mich nun zu Fragen der Gestaltung unserer Umwelt im engeren Sinne kommen. Die Landesregierung ist sich der Verantwortung bewußt, der nächsten Generation die Freiheit eigenverantwortlicher Lebensgestaltung zu bewahren und menschliches Leben und Gesundheit durch die Erhaltung der natürlichen Grundlagen zu sichern. Die Umweltpolitik der Landesregierung ist nach wie vor an folgenden Grundsätzen ausgerichtet:

— Schonung der Rohstoffquellen und Erhaltung des Artenreichtums von Pflanzen und Tieren.

(Zuruf von den Grünen: Wo denn?)

— Verminderung der Umweltbelastungen durch Vorsorgemaßnahmen und Verringerung der zwar kurzfristig hinnehmbaren, aber langfristig zu beseitigenden Umweltbelastungen.

— Anwendung des Verursacherprinzips bei der Vermeidung oder Beseitigung von Umweltschäden.

Diese Ziele wird die Landesregierung trotz der gegenwärtigen finanziellen Enge weiter verfolgen. Auch die notwendigen Anstrengungen zur Wiederbelebung unserer Wirtschaft und der Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze werden in der Sache zu keinen Abstrichen an dem für notwendig erkannten Umweltschutz führen. Eine andere Frage wird es sein, welche Maßnahmen zeitlich gestreckt werden müssen.

Folgende Punkte möchte ich besonders ansprechen. Die Landesregierung wird sich insbesondere mit den in der wachsenden Lärmbelastung liegenden Gefahren und im Rahmen der Wasserwirtschaftsverwaltung mit der besseren Bewertung und Steuerung von Eingriffen in den Wasserhaushalt und in die Natur und Landschaft befassen.

Zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser werden wir die Verbesserung der Gewässergüte der niedersächsischen Oberflächengewässer konsequent fortsetzen.

(Zuruf von den Grünen: So weit sind wir schon!)

Entsprechend früheren Erklärungen sollen die Naturschutzgebiete in den nächsten Jahren auf die doppelte Größe gebracht werden. Eine Bestandsaufnahme der für den Naturschutz wertvollen Bereiche wird in das zu erstellende Landschaftsschutzprogramm einfließen.

Das 1981 verabschiedete Moorschutzprogramm stellt einen Schwerpunkt im Naturschutz dar. Gleiches gilt für die Erhaltung des Wattenmeeres, das wir zu einem Nationalpark machen wollen. Der Moorschutz und die Verdoppelung der Naturschutzgebiete dienen dem allgemeinen Wohl. Die Lasten können deshalb nicht dem Grundeigentümer allein aufgebürdet werden.

(Zuruf von den Grünen: Es gibt doch keine Moore mehr! — Widerspruch bei der CDU.)

Die Landesregierung wird die für den Ausgleich berechtigter Ansprüche erforderlichen Mittel bereitstellen. — Lassen Sie mich zu dem Zwischenruf nur folgendes sagen: Wenn unser Programm durchgeführt sein wird, dann wird es in Niedersachsen wieder 60 000 ha Moor geben.

(Beifall bei der CDU.)

Zur Verbesserung der Lebensverhältnisse sehen wir eine weitere wichtige Aufgabe in der menschengerechten Gestaltung der Städte, Häuser und Wohnungen. Auf diesem Gebiet sind in der Vergangenheit durch öffentliche und private Investitionen weitere Fortschritte gemacht worden. Sie sind für jeden Bürger sichtbar und haben dazu beigetragen, daß sich neues Empfinden für die Schönheit unserer Städte und ländlichen Siedlungen entwickelt. Dennoch gibt es immer noch Mißstände. Sie beeinträchtigen nicht nur das ästhetische Empfinden, sondern sie belasten und prägen auch die Menschen und ihr Zusammenleben. Das gilt für die Architektur der Wohnungen und Häuser, aber auch für den städtebaulichen Gesamtzusammenhang. Nun kann eine Landesregierung auf die Architektur des privaten Bauens kaum unmittelbar einwirken. Sie wird aber doch soweit wie möglich bei öffentlichen Bauten Beispiele geben, und sie wird, wenn Gelegenheit gegeben ist, z. B. im Rahmen der Stadtsanierung, beratend Hilfe leisten. Darüber hinaus wird die Landesregierung durch die verschiedenen Landeswettbewerbe versuchen, den Bürgern die Bedeutung einer menschengerechten Architektur be-

Dr. Albrecht

wußt zu machen. Wir werden auch prüfen, ob die finanzielle Lage des Landes in den kommenden Jahren eine Förderung der Dorferneuerung zuläßt.

Auf der Grundlage des im vergangenen Jahre veröffentlichten „Programms des Landes Niedersachsen zur Förderung des kulturellen Lebens“ wird solchen Maßnahmen besondere Priorität eingeräumt werden, die der Belebung und Stärkung des Bewußtseins der eigenen kulturellen Tradition der Menschen in den ländlichen Regionen dienen.

(Graeber [SPD]: Wir haben doch Nienover!)

Denn hier lebt der weitaus überwiegende Teil der Niedersachsen. Dabei sollen unter Wahrung des qualitativen Gleichgewichts zwischen Stadt und Land neue Schwerpunkte kultureller Arbeit in bisher benachteiligten Gebieten geschaffen werden.

(Beifall bei der CDU.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum vierten Abschnitt kommen. Das Verhältnis der Bürger zum Staat wird ganz wesentlich durch die Kommunalpolitik bestimmt. Ein wichtiges Element unserer Politik in den vergangenen sechs Jahren ist es deshalb gewesen, die kommunale Selbstverwaltung aus der Erkenntnis zu stärken, daß die Lösung der den Bürger persönlich betreffenden Probleme und die Gestaltung seines Lebensraumes am besten und wirkungsvollsten durch die Bürger selbst, d. h. durch die Kommunen, geschieht.

(Beifall bei der CDU. — Unruhe bei der SPD.)

Ich möchte hier nur beispielhaft auf den Abbau von kommunalen Zweckzuweisungen, die Verlagerung von Zuständigkeiten und die Zurücknahme des staatlichen Einflusses in der Raumordnung und Landesplanung hinweisen.

(Beifall bei der CDU.)

Die Landesregierung betrachtet die Gebietsreform als abgeschlossen.

(Beifall bei der CDU.)

Wir sagen nicht, daß wir mit der Gemeindeform der 7. Legislaturperiode in allen Teilen zufrieden sind, aber wir wissen auch, daß jede Änderung neue Unzufriedenheit schafft. Was jetzt not tut, ist Vertrauen in die Beständigkeit der getroffenen Regelungen.

(Beifall bei der CDU.)

Die Landesregierung wird auch in der vor uns liegenden Legislaturperiode alles daransetzen, um für alle Bürger dieses Landes ein Höchstmaß an innerer Sicherheit zu gewährleisten, weil nur auf diesem Wege ein Höchstmaß an Freiheit garantiert werden kann.

(Zuruf von den Grünen: Göttinger Sonderkommission!)

Hierbei muß man jedoch sehen, daß alle Bemühungen — mögen sie für sich betrachtet auch noch so wirkungsvoll sein — Stückwerk bleiben müssen, wenn es nicht gelingt, die allgemeingültigen Vorstellungen von Recht, Toleranz, Freiheit und notwendiger Sicherheit unserer Bevölkerung in stärkerem Maße zu verdeutlichen, als dies bisher gelungen ist. Das hat vor allem bei der heranwachsenden Generation zu einer Verunsicherung des Rechtsbewußtseins und damit zu einer Gefährdung der Rechtsordnung geführt, die uns alle mit Sorge erfüllt.

Angesichts der immer noch wachsenden Aufgaben, insbesondere bei der Verbrechensbekämpfung, streben wir neben der Anpassung der technischen Ausstattung der Polizei an neue Erkenntnisse und Entwicklungen eine weitere personelle Verstärkung an, um die Präsenz der Polizei auf der Straße und auf dem Lande zu erhöhen.

(Beifall bei der CDU.)

Dies setzt aber — ich sage das deutlich — eine Verbesserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage voraus.

(Senff [SPD]: Polizei im Verhältnis 1:1!)

Auf der anderen Seite müssen wir weiterhin dafür sorgen, daß die Bürger auch ihr Recht erhalten. Wir wissen alle, daß der rechtsuchende Bürger vielfach zu lange auf eine Entscheidung der Gerichte warten muß.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Den Ländern ist es kaum möglich, hier immer durch personelle Verstärkungen zu helfen. Erforderlich sind vielmehr gesetzliche Regelungen, die den noch besseren Einsatz der vorhandenen Kapazitäten, die weitere Beschleunigung der Verfahren und einen rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechenden Aufgabenabbau vorsehen.

(Zuruf von der SPD: Wir haben jetzt einen neuen Justizminister!)

Die Landesregierung wird in Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern und dem Bund Maßnahmen zur Entlastung der Verwaltungs-, der Zivil- und der Strafrechtsbarkeit sowie zur Reform des Ordnungswidrigkeitenverfahrens unterstützen. Daneben werden wir mit Nachdruck

die Entwicklung eines Strafvollzuges, der dem Rückfall der Entlassenen vorbeugt, fortsetzen.

Ein uns alle viel beschäftigendes Thema ist die große Zahl der Ausländer. Der Zustrom von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland hat eine Fülle von Problemen geschaffen.

(Zuruf: Auch der Vietnamesen!)

In einer Zeit steigender Arbeitslosigkeit wachsen ganz unverkennbar Unruhe und Fremdenfeindlichkeit in der Bevölkerung.

(Zuruf von der SPD: Wer schürt denn das?)

Eine vorausschauende Ausländerpolitik muß verhindern, daß die besorgte Haltung unserer Bürger in Abneigung umschlägt, die sich unterschiedslos auch gegen die richtet, die jahrelang als gesetzestreue Mitbürger unter uns leben und arbeiten.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Viele Probleme müssen nach unserer Verfassungsordnung vom Bund gelöst werden. Ich möchte aber doch zwei Aspekte ansprechen. Die Bundesrepublik Deutschland ist weder wirtschaftlich noch kulturell in der Lage, eine unbegrenzte Zahl von Ausländern aufzunehmen. Sie ist kein Einwanderungsland. Wir müssen umgekehrt den Menschen helfen, in ihren Heimatländern menschenwürdig zu leben. Aus diesem Grunde hat sich die Landesregierung auch entschlossen, partnerschaftliche Beziehungen mit der Demokratischen Republik Sudan aufzunehmen.

(Lachen bei der SPD. — Zuruf von Rau [FDP].)

Wir sind der Überzeugung, daß unser Land hier einen eigenen Beitrag zur Überwindung wirtschaftlicher Not leisten kann.

(Beifall bei der CDU.)

Bei den hier lebenden ausländischen Arbeitnehmern und ihren Familien müssen wir uns vor allem um die Integration der zweiten und dritten Generation bemühen. Integration hat zum Ziel, spannungsfreie Beziehungen zwischen Ausländern und Deutschen herzustellen, und erfordert daher entsprechende Bereitschaft von beiden Seiten.

Wir haben schon in der Vergangenheit für ausländische Schüler und Arbeitnehmer besondere schulische Maßnahmen wie Sprachintensivkurse, Vorbereitungslehrgänge und Sonderformen des Berufsvorbereitungsjahres eingeführt. Eine Integration wird aber nicht erreicht, wenn unsere Angebote zur schulischen, beruflichen und sozialen Eingliederung nicht angenommen werden. Wer

seinen Aufenthalt in unserem Lande auch nach vielen Jahren nur als vorübergehende Station in seinem Leben begreift, sollte dazu motiviert werden, in sein Heimatland zurückzukehren.

Die Landesregierung wird alle Bemühungen unterstützen, die die Rückwanderung auf freiwilliger Basis fördern. Integration erfordert aber auch von unserer Seite den Willen und die Bereitschaft, den Ausländern vorurteilsfrei zu begegnen und mit ihnen zusammenzuleben. Wir werden daher unsere Bemühungen fortsetzen, die Bevölkerung über die Situation der Ausländer zu informieren.

Noch einen weiteren Punkt muß ich ansprechen, der die Landesregierung und den Landtag in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen wird. Die neuen Kommunikationstechniken bieten die Chance für die weitere Entwicklung des Rundfunks in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zum saarländischen Rundfunkgesetz im vergangenen Jahr noch einmal ausdrücklich die Zulässigkeit des Rundfunks in privater Trägerschaft bejaht und erläutert, welche Anforderungen das Grundgesetz im einzelnen an eine gesetzliche Regelung dieses Bereiches stellt. Die Landesregierung versteht dies im Interesse der Meinungs- und Informationsfreiheit als Auftrag,

(Lachen bei der SPD)

einen vorausschauenden ordnungsrechtlichen Rahmen für den privaten Rundfunk zu schaffen,

(Beifall bei der CDU)

der Fehlentwicklungen und Wildwuchs, wie er zum Teil im Ausland entstanden ist, ausschließt.

Die Landesregierung wird in Kürze mit der Einbringung eines Landesrundfunkgesetzes, das die Veranstaltung von Hörfunk und Fernsehen regelt, den Anstoß zu einer umfassenden Diskussion der weiteren Entwicklung des Rundfunks in Niedersachsen geben.

Dabei geht die Landesregierung von folgenden Grundpositionen aus:

1. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sollen in ihrem Bestand erhalten werden. Die entsprechende Garantie enthält bereits § 38 des NDR-Staatsvertrages vom 20. August 1980.
2. Mit dem Landesrundfunkgesetz soll ein umfassender ordnungspolitischer Rahmen geschaffen werden. Er versteht sich als ein Angebot an Veranstalter privaten Rechts, eigenverantwort-

Dr. Albrecht

lich Hörfunk und Fernsehen in Niedersachsen in den verschiedensten Programmformen und unter Nutzung der zur Verfügung stehenden technischen Übertragungsmittel zu verbreiten.

3. Bei der Festlegung des ordnungspolitischen Rahmens wird sich die Landesregierung, soweit es geht, auf die Regelungen im NDR-Staatsvertrag stützen, nicht zuletzt deshalb, weil diese die Zustimmung der Parlamente von drei Ländern mit unterschiedlichen politischen Mehrheiten gefunden haben.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß noch einige Worte zu den Zukunftsperspektiven unserer Jugend sagen. Es ist nicht die Jugendpolitik im engeren Sinne, es sind die großen Fragen der allgemeinen Politik, welche die Jugend leidenschaftlich bewegen, also die Fragen nach dem Frieden, den Arbeitsplätzen, der Umwelt und der Menschlichkeit der Lebensverhältnisse.

(Beifall bei der CDU.)

Man hört und liest in diesen Monaten viel über Zukunftsängste der jungen Generation. Ich meine, wir tun den jungen Menschen keinen Gefallen, wenn wir ihnen die Freude am Leben nehmen, indem wir alles, was Gegenwart ist, verkleinern und herabsetzen und zugleich die Zukunft schwarz in schwarz malen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Menschliche Gesellschaft ist notwendigerweise unvollkommen, weil auch jeder einzelne von uns unvollkommen ist. Das ändert aber nichts daran, daß wir heute in einem Staat leben, der seinen Bürgern ein Maß an Freiheit, Rechtlichkeit, sozialer Gerechtigkeit und Wohlstand bietet wie kein anderer Staat in der deutschen Geschichte. Es lohnt sich, in diesem Staat zu leben, und vor allem: Es lohnt sich, an diesem Staat zu arbeiten.

Was die Zukunft angeht: Jede Zukunft birgt Risiken und Gefahren in sich. Das ist nichts Neues; das war immer so. Man denke an unsere eigene Jugend nach 1945 oder an die Jugend unserer Eltern nach 1918. Entscheidend ist, wie wir auf die Ungewißheit der Zukunft reagieren,

(Campen [Grüne]: Kernenergie!)

ob wir uns von ihr lähmen und niederdrücken lassen, oder ob wir sie als Herausforderung begreifen. Wir können etwas tun für die Zukunft, gerade wenn wir jung sind; und das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der CDU.)

Natürlich ist es Pflicht der Politik — auch unserer Politik der nächsten vier Jahre —, die langfristi-

gen Perspektiven immer wieder zu bedenken und die politischen Weichen entsprechend zu stellen.

(Zuruf von der SPD: Nach Bonn!)

Alles, was ich dem Hohen Hause vorgetragen habe, muß in dieser langfristigen Perspektive gesehen werden: die Raumordnung, damit wir eine menschengerechte Siedlungsstruktur bewahren; die wirtschaftliche Strukturpolitik, damit jeder in einigen Jahren einen Arbeitsplatz in seiner Heimat finden kann;

(Zuruf von der SPD: Das ist doch ganz normal!)

die Energiepolitik, damit unsere Kinder auch in den schwierigen 90er Jahren ausreichend und sicher mit Energie versorgt sind, zugleich aber noch selber entscheiden können, welche Energieträger und welche Techniken vorrangig eingesetzt werden sollen; die Familienpolitik, damit den Kindern und jungen Menschen nicht der Schutz, die Wärme, die Geborgenheit und die natürliche Lebensgemeinschaft der Generationen verlorengehen, die nur die Familie zu bieten vermag; die Finanzpolitik, damit nicht jene, die heute geboren werden, ein Leben lang arbeiten und zahlen müssen, weil unsere Generation über ihre Verhältnisse gelebt hat;

(Beifall bei der CDU)

und schließlich die Umweltpolitik, damit Natur und Landschaft in ihrer Schönheit und Gesundheit erhalten bleiben und, wo notwendig, wiederhergestellt werden.

Christlich-demokratisches Verständnis vom Menschen erlaubt uns nicht, unseren Bürgern das Paradies auf Erden in Aussicht zu stellen, eröffnet aber die Chance für jeden, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Für dieses Ziel werden wir unsere ganze Kraft einsetzen. — Ich danke Ihnen.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU.)

Präsident Brandes:

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten für die Abgabe der Regierungserklärung.

Meine Damen und Herren, ich mache darauf aufmerksam, daß morgen früh, 9.30 Uhr, der Ältestenrat tagt. Ich gebe hier ausnahmsweise die Tagesordnung des Ältestenrates bekannt, damit diejenigen, die sich an den Tagesordnungspunkten beteiligt fühlen, noch die notwendigen Maßnahmen in ihrer Fraktion treffen können:

Zusammensetzung der Ausschüsse; hier: a) Verteilung der Vorsitze in den Ausschüssen und Unterausschüssen, b) Stärke der Unterausschüsse;

Bestätigung der Sitzordnung im Plenum; Terminplanung August 1982 bis Juli 1983; Mitteilungen des Präsidenten.

Meine Damen und Herren, wir setzen die Tagesordnung morgen früh, 10.15 Uhr, fort. Nach einer Mitteilung über die Zusammensetzung des Ältestenrates wird dann die Sitzung mit der Aussprache über die Regierungserklärung fortgesetzt werden. Die Reihenfolge der Redner ist schon

mitgeteilt worden, wird aber morgen noch einmal im Ältestenrat besprochen werden.

Jetzt gleich, im Anschluß an diese Sitzung, bittet das Präsidium zu einem Empfang für die neue Landesregierung in den Repräsentationsaal des Landtages.

Die Sitzung ist geschlossen. Danke schön.

Schluß der Sitzung: 17.15 Uhr.